

MANFRED MUGRAUER

Zwischen Erschütterung, neuer Offenheit und „Normalisierung“: Die KPÖ, der 20. Parteitag der KPdSU und die Ungarn-Krise 1956

Sowohl die Enthüllungen des internen Berichts von Chruščëv am 20. Parteitag der KPdSU als auch die Ereignisse in Ungarn im Oktober und November 1956 führten bei den österreichischen KommunistInnen zu tiefen Erschütterungen und einer schweren Vertrauenskrise. Insbesondere nach den Parlamentswahlen im Mai des Jahres entwickelte sich eine breite Diskussion, in deren Verlauf neben der veränderten Beurteilung Stalins und dem Verhältnis zur KPdSU auch die Politik der KPÖ seit 1945, insbesondere in Bezug auf den Staatsvertrag, offen thematisiert wurde. Wie der vorliegende Beitrag, gestützt auf das KPÖ-Zentralorgan „Österreichische Volksstimme“, die Theoriezeitschrift „Weg und Ziel“ und das Funktionärsblatt „Der Funktionär“ sowie parteiinternes Schriftgut aus dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ, vor allem die Protokolle der ZK-Plenartagungen und des Politbüros¹, zeigt, versuchte die Parteiführung bereits ab Juli 1956, die Diskussion über die Fehler der Vergangenheit abzuschwächen und Fragen der praktischen Politik in den Vordergrund zu rücken. Unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse, in einer Phase neuerlicher Verunsicherung, flammte die Debatte zwar kurz darauf umso heftiger auf, wurde jedoch – auch aufgrund äußeren Drucks – zu Jahresbeginn 1957 entmutigt und de facto abgebrochen. Analog zur „Stabilisierung“ in Ungarn und zur Verurteilung des Volksaufstands als „konterrevolutionärer Putsch“ kam es auch in der KPÖ zu einer „Normalisierung“. Der 17. Parteitag im März 1957 stand im Zeichen der „Einheit der Partei“, der Verbundenheit mit der Sowjetunion und des Kampfes gegen „revisionistische“ Auffassungen.

¹ Das Zentralkomitee kam im Untersuchungszeitraum zu sieben Plenartagungen zusammen, deren Debattenbeiträge im Wesentlichen im Wortlaut dokumentiert sind. Die knapp gefassten Sitzungsprotokolle des Politbüros geben hingegen keinen Aufschluss über Diskussionsverlauf und Entscheidungsfindung im operativen Führungsgremium der KPÖ.

ERSTE REAKTIONEN

Die Schwierigkeiten der KPÖ-Führung, mit der „Geheimrede“ Nikita Chruščëvs in der geschlossenen Sitzung des 20. Parteitags der KPdSU umzugehen, zeigten sich bereits Anfang März bei einer Versammlung von ParteifunktionärInnen im Wiener Musikvereinssaal, vor denen die Delegation der KPÖ zum 20. Parteitag Bericht erstattete². Friedl Fürnberg, Sekretär des Zentralkomitees, behandelte schwerpunktmäßig die „grandiosen Perspektiven des sechsten Fünfjahresplanes“ mit seiner Zielsetzung des Einholens und Überholens der USA sowie die „Grundfragen der gegenwärtigen Epoche“ wie die Politik der „friedlichen Koexistenz“, die Vermeidbarkeit von Kriegen und die verschiedenen Wege zum Sozialismus. Zuletzt ging er in knapper Form auf die am Parteitag erörterten „Probleme der Partei, ihrer kollektiven Führung und der Beseitigung des schädlichen Personenkults“ ein³. Auch in der kommunistischen Presse waren bis zu diesem Zeitpunkt die Leistungen der Sowjetunion und die Perspektiven der „friedlichen Koexistenz“ im Mittelpunkt gestanden: Aufgrund der Entwicklung des Sozialismus zum Weltsystem und veränderter internationaler Kräfteverhältnisse seien neue, friedliche Formen des Übergangs zum Sozialismus möglich, zudem bestünden vor diesem Hintergrund neue Möglichkeiten für die Herstellung der Arbeitereinheit und verbesserter Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien. Die Berichterstattung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die Verurteilung des Personenkults wurde von Fürnberg als „Lügenkampagne“ mit dem Zweck, „von den wirklichen Beschlüssen des Parteitages abzulenken“, charakterisiert, eine Argumentation, die auch parteiintern in den ersten Debatten im März 1956, sowie ab den Sommermonaten erneut eine wesentliche Rolle spielte.

Zum Thema „Personenkult“ wurde zunächst nur sehr allgemein Stellung bezogen, indem beinahe wörtlich Formulierungen der vom 20. Parteitag beschlossenen Hauptresolution⁴ wiederholt wurden: Der Parteitag sei daran gegangen, „Schwächen und Mängel in der Arbeit der Partei zu beseitigen, dem Personenkult entgegenzutreten, dessen Verbreitung die Rolle der Partei und der Volksmassen herabsetzt und die Rolle der kollektiven Führung in der Partei herabgemindert hatte“⁵. Wie am Parteitag selbst wurde ver-

² Diese Veranstaltung war zur Auswertung des Parteitags der KPdSU noch in Abwesenheit der Delegation am 23. Februar vom Politbüro der KPÖ beschlossen worden. Alfred Klahr Gesellschaft, Wien (AKG), Zentrales Parteiarchiv der KPÖ (ZPA), Protokoll der 9. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 23. Februar 1956, 1.

³ Bericht der österreichischen Delegation über den XX. Parteitag der KPdSU, in: Österreichische Volksstimme (ÖVst, ab 21. Februar 1957: Vst), 6. März 1956, 4.

⁴ Die Resolution des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: ÖVst, 25. Februar 1956, 3–5 hier 5.

⁵ Der XX. Parteitag der KP der Sowjetunion, in: ÖVst, 26. Februar 1956, 1f hier 1.

mieden, die Rolle Stalins und die Verbrechen des Stalin-Regimes direkt anzusprechen. Fűrberg folgte im Musikvereinsaal dieser Linie, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits klar geworden war, dass sich die Beurteilung Stalins durch die Führung der KPdSU grundlegend gewandelt hatte und vor diesem Hintergrund vom Politbüro bereits am 28. Februar eine geschlossene Sitzung des Zentralkomitees einberufen worden war⁶. Zwar bedeute die Feststellung, dass die kollektive Führung 15 bis 20 Jahre nicht bestanden habe, auch eine inhaltliche Kritik an Stalin – so Fűrberg –, dadurch seien jedoch „seine großen Verdienste um den Kommunismus in keiner Weise bestritten oder geschmälert“. Dieser Gedanke wurde im März auch durch die Veröffentlichung internationaler Stellungnahmen von Jacques Duclos und Palmiro Togliatti, die neben der Kritik an Stalin auch seine Verdienste würdigten, unterstrichen⁷. Ebenso kam er in den Beschlüssen des Politbüros zum Ausdruck, im Zentralorgan ein Bild Stalins mit dem Hinweis auf seinen dritten Todestag zu veröffentlichen⁸ und im Wiener Gemeinderat „energisch“ gegen die Umbenennung des Stalinplatzes aufzutreten⁹.

Unter den Anwesenden rief die Akzentsetzung in Fűrbergs „Routinede“¹⁰ im Musikverein „ziemlichen Unmut“ hervor¹¹. Wochen später musste er im Zentralkomitee eingestehen, dass diese Konferenz „von Anfang an unter einem unglücklichen Stern gestanden“ sei, da zum Zeitpunkt ihrer Einberufung noch nicht bekannt war, „welche umwälzenden Fragen“ der KPdSU-Parteitag bringen werde. Dass einige Tage später „neue große Diskussionen“ in der KPÖ begonnen hätten, hänge jedoch nicht mit seinem Referat, sondern mit den Enthüllungen in der bürgerlichen Presse zusammen¹².

VERTAGUNG DER DISKUSSION

In den ersten Reaktionen der KPÖ-Führung stand das letztlich erfolglose Bemühen im Vordergrund, angesichts der bevorstehenden National-

⁶ AKG, ZPA, Protokoll der 10. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 28. Februar 1956, 1.

⁷ Duclos über Stalin, kollektive Führung und Personenkult, in: ÖVst, 15. März 1956, 2; Palmiro Togliatti, Stalin, seine Größe, seine Fehler, in: ÖVst, 18. März 1956, 1f.

⁸ AKG, ZPA, Protokoll der 11. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 1. März 1956, 1; ÖVst, 4. März 1956, 2; Abend mit Sport-Tagblatt, 5. März 1956, 3.

⁹ AKG, ZPA, Protokoll der 20. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 12. April 1956, 2.

¹⁰ Leopold Grünwald, Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll (Wien [1979]) 118.

¹¹ Josef Meisel, Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970 (Biografische Texte zur Kultur- und Zeitgeschichte 3, Wien 1986) 133.

¹² AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 40, Schlusswort von Friedl Fűrberg 1f.

ratswahlen die Diskussion über den 20. Parteitag in der Hintergrund zu drängen und zu vertagen: Bereits am 1. März, also unmittelbar nach der Rückkehr der KPÖ-Delegation aus Moskau, bevor die Enthüllungen Chruščëvs an die Öffentlichkeit gelangen konnten, wurde im Politbüro festgelegt, dass die Parteidiskussion erst nach den Wahlen, also ab Mai, durchgeführt werden solle. In den bis dahin stattfindenden Aktivistenkonferenzen sollten die Referenten nur kurz zum KPdSU-Parteitag Stellung nehmen, allfällig auftauchende „ernste Unklarheiten“ bei einzelnen Parteimitgliedern seien in internen Aussprachen auszuräumen¹³. Dass dieser Beschluss in der Intensivphase des Wahlkampfes zweimal erneuert werden musste, deutet auf seine weitgehende Wirkungslosigkeit hin. Gemäß dieser Orientierung fanden die überaus lebhaften Debatten der unteren Parteiorganisationen in der Parteipresse kaum Ausdruck. Obwohl in der Redaktion von „Weg und Ziel“ eine große Anzahl von Anfragen zum „Personenkult“ und zur „Rolle Stalins“ einging¹⁴, wurde ebenso wie im Zentralorgan in den Folgemonaten keine dieser Zuschriften veröffentlicht.

Dass das Diskussionsbedürfnis der Parteibasis mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen nicht gebremst werden konnte, hatte vor allem mit den ab Mitte März einsetzenden Enthüllungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die „Geheimrede“ Chruščëvs zu tun. Erstmals berichtete die „Arbeiter-Zeitung“ am 18. März in einer kurzen Notiz von Kenntnissen des US-Außenministeriums, wonach in einer geschlossenen Sitzung des Parteitags schwere Beschuldigungen gegen Stalin erhoben worden seien, am 20. März folgte der Leitartikel Oscar Pollaks anhand westlicher Agenturmeldungen¹⁵. Am 21. März erwähnte auch die „Volksstimme“ erstmals den Bericht Chruščëvs, mit dessen Inhalt nunmehr „in Versammlungen [...] Millionen Sowjetbürger [...] bekannt gemacht“ würden¹⁶. Tags darauf brachten sowohl das Zentralorgan als auch der kommunistische „Abend“ Berichte von US-Korrespondenten: Chruščëv habe Stalins Verdienste „während des Bürgerkrieges, im Kampf gegen den Trotzkiismus, im Kampf für die Industrialisierung und Kollektivierung“ gewürdigt, jedoch auch seine Fehler angeführt, insbesondere seit dem 17. Parteitag 1934: „Diese ergaben sich aus dem Persönlichkeitskult und der damit verbunde-

¹³ AKG, ZPA, Protokoll der 11. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 1. März 1956, 1.

¹⁴ Zum 20. Parteitag der KPdSU, in: Weg und Ziel (WuZ), April 1956, 314–317 hier 314.

¹⁵ Kenntnis der Gerichte, aber kein Beweis, in: Arbeiter-Zeitung, 18. März 1956, 1; O. P. [Oscar Pollak], Die Liquidierung des toten Stalin, in: Arbeiter-Zeitung, 20. März 1956, 1f.

¹⁶ Sowjetarbeiter diskutieren Chruschtschow-Bericht. Offene und freie Aussprache in den Betrieben, in: ÖVst, 21. März 1956, 3.

nen Abkehr vom Leninschen Prinzip der kollektiven Führung.“¹⁷ Der Leitartikel Fürnbergs am 23. März – die erste parteioffizielle Reaktion auf die neuen Enthüllungen – knüpfte weiter an bisherige Argumentationsmuster an: Seine Kritik an Stalin ging über die allgemeine Rede vom „Personenkult“ und seinen „Fehlern“ nicht hinaus, die angebliche „Verdammung Stalins in der Sowjetunion“ sei eine Erfindung der „antikommunistische[n] Lügen- und Hetzpresse“, um die entscheidenden Fragen in den Hintergrund zu drängen¹⁸.

In Reaktion auf die „durch die Berichterstattung der gegnerischen Presse“ entstandenen „Diskussionen unter Funktionären und Mitgliedern“ wurde im Politbüro am 20. März beschlossen, „neuerlich Konferenzen und Versammlungen“ durchzuführen¹⁹, womit die völlige Vertagung der Debatte auf die Zeit nach den Wahlen zumindest teilweise aufgehoben wurde. Auch Parteivorsitzender Johann Kopenig musste im 10. ZK-Plenum Ende März erkennen, dass der Diskussion „über Stalin und über den Personenkult“ nicht ausgewichen werden könne. Gespräche sollten jedoch nur dort, wo die Notwendigkeit bestehe, durchgeführt werden; die „gründliche Diskussion“ müsse nach den Wahlen stattfinden²⁰.

DIE „GEHEIMREDE“ CHRUSČEVS

Das Dilemma der westeuropäischen kommunistischen Parteien, von der bürgerlichen Presse mit Enthüllungen konfrontiert zu werden, in Ermangelung offizieller sowjetischer Informationen auf diese jedoch nicht entsprechend reagieren zu können, spiegelte sich von Beginn an auch in den Plenartagungen des KPÖ-Zentralkomitees wider. Chrusčëv hatte sein Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“ in einer nichtöffentlichen Sitzung des 20. Parteitags der KPdSU in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar, an der nur die sowjetischen Delegierten teilnahmen, verlesen²¹. Wäh-

¹⁷ Freimütigste Diskussion seit 20 Jahren. Nicht gegen Stalins Person, sondern gegen Personenkult und Folgen, in: ÖVst, 22. März 1956, 1; Was Chruschtschow gesagt hat. Die große freimütige Diskussion in der Sowjetunion, in: Der Abend mit Sport-Tagblatt, 22. März 1956, 1.

¹⁸ F. [Friedl] Fürnberg, Die Kritik an Stalin, in: ÖVst, 23. März 1956, 1f.

¹⁹ AKG, ZPA, Protokoll der 15. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 20. März 1956

²⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 30: Johann Kopenig 3f.

²¹ Vgl. Roy Medwedew, Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU. Ein kurzer historischer Überblick, in: Reinhard Crusius, Manfred Wilke (Hgg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen (Frankfurt am Main 1977) 23–49 hier 26f.

rend die Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien der volksdemokratischen Länder und auch manche westeuropäische kommunistische Parteien mit dem Wortlaut der Rede vertraut gemacht wurden und noch in Moskau vereinbart wurde, den Inhalt geheim zu halten²², wurde die Delegation der KPÖ – Johann Kopenig, Friedl Fürnberg und Franz Honner –, die als eine der ersten unmittelbar nach Schluss des Parteitags im Morgengrauen abreiste, ungefähr zwanzig Minuten vor ihrem Rückflug kurz und in allgemeiner Form mündlich über den Inhalt der Rede Chruščëvs informiert²³. Im Politbüro hätten Kopenig und Fürnberg unmittelbar darauf nur „einen verworrenen Bericht“ erstattet²⁴.

Im Zentralkomitee kam die „Geheimrede“ zunächst am 26./27. März 1956 zur Sprache: Fürnberg ging zwar selbstkritisch auf die Politik der Vergangenheit ein, vermied es jedoch auf die Enthüllungen über die Verbrechen Stalins hinzuweisen. In der Diskussion kam in mehreren Statements die Auffassung zum Ausdruck, dass Fürnberg genau jenen Fragen, „die uns die Gegner aufzwingen, die unmittelbar unseren Genossen täglich gestellt werden“, ausgewichen sei. ÖGB-Bundesvorstandsmitglied Otto Horn hielt fest, dass in der bürgerlichen Presse zwar „mehr Dichtung und wenig Wahrheit“ veröffentlicht werde, jedoch nicht alles erfunden sein könne. Die KPdSU hätte zudem die kommunistischen Parteien Westeuropas „über diesen Teil der Anklage“ informieren müssen. Auch Kopenig musste feststellen, dass Fürnberg in seinem Bericht „keine Antwort gegeben hat und geben konnte auf Fragen, wie sie jetzt durch die Veröffentlichung in der bürgerlichen Presse aufgerollt worden sind und die auch in den Organisationen diskutiert werden“. Zur Beruhigung stellte Fürnberg in seinem Schlusswort in Aussicht, dass man von der KPdSU wahrscheinlich noch Informationen erhalten werde, die an die ZK-Mitglieder weitergegeben werden könnten. Dass die für die Tagung vorbereitete Resolution nicht veröffentlicht wurde, da sie – so Fürnberg – „in der Öffentlichkeit schlecht

²² Vgl. Jerzy Holzer, Die Geheimrede Chruschtschows und ihre Rezeption in Ostmitteleuropa, in: Hans Henning Hahn, Heinrich Olschowsky (Hgg.), *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa* (Berlin 1996) 13–20 hier 13f; János M. Rainer, *Ungarn 1953–1956. Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung*, in: András B. Hegedüs, Manfred Wilke (Hgg.), *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“*. 17. Juni in der DDR. *Ungarische Revolution 1956* (Berlin 2000) 137–217 hier 198; Mark Kramer, *Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24. April 2006, 8–16 hier 8; Jiří Pelikán, *Das Echo des XX. Parteitages der KPdSU in der Tschechoslowakei*, in: *Crusius, Wilke, Entstalinisierung*, 165–176 hier 168.

²³ Vgl. AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 33: Referat von Johann Kopenig 4f.

²⁴ Vgl. Ernst Fischer, *Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955* (Wien 1973) 25.

aufgenommen werden“ würde²⁵, gibt einen weiteren Hinweis auf die Verunsicherung der Parteiführung.

Während in einer ersten Phase – wohl auch infolge der laufenden Wahlkampagne – die Berichterstattung der gegnerischen Presse noch dahingehend kritisiert wurde, dass sie die „Kritik am Personenkult zu maßlosen Lügen und Fälschungen ausgenützt“ habe²⁶ und die SPÖ von ihrer eigenen „verderbliche[n] Politik ablenken“ wolle²⁷, fand man ab Mai zu einem realistischeren Umgang mit den Enthüllungen. Seitens der KPdSU erfolgten keine offiziellen Mitteilungen über die Chruščëv-Rede, jedoch wurden von US-Agenturen Auszüge wiedergegeben, die Anfang Juni auch von der österreichischen Presse übernommen wurden. Die vollständige Veröffentlichung der Rede am 4. Juni in der „New York Times“²⁸ wurde von der KPÖ zwar nicht pauschal als „Riesenfälschung“²⁹, jedoch als Gemisch „einige[r] bekannte[r] Tatsachen [...] mit einer Menge von Verstümmelungen, Entstellungen und Erfindungen“ bezeichnet, dessen Zweck sei, „Verwirrung zu stiften“³⁰. Wochen später wurde aus einem Interview Togliattis seine Kritik hervorgehoben, dass der Wortlaut von Chruščëvs Bericht den kommunistischen Parteien Westeuropas nicht übermittelt worden sei. Dies habe „dem Gegner die Möglichkeit gegeben, eine antikommunistische Kampagne zu führen, ohne dass die kommunistischen Partei in stande waren, zu allen Meldungen und Behauptungen Stellung zu nehmen“³¹. Ähnliche Aussagen der KP-Führungen Frankreichs und Großbritanniens wurden im KPÖ-Zentralorgan ebenso wie das Ersuchen der KPF an das ZK der KPdSU, den Text des Berichts zur Verfügung zu stellen, nachgedruckt³². Am 26. Juni 1956 wurde im Leitartikel gar darüber informiert, dass sich auch das Poli-

²⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 27: Heribert Hütter 1; Beilage 33: Otto Horn 2; Beilage 30: Johann Kopenig 1; Beilage 40: Schlusswort von Friedl Fürnberg 14 und 17. Die Resolution liegt dem Protokoll nicht bei.

²⁶ Zum 20. Parteitag der KPdSU 316f.

²⁷ Nicht ablenken lassen!, in: *Der Funktionär*, April 1956, 62.

²⁸ Vgl. Holzer, *Die Geheimrede Chruschtschows* 15. Auch in Wien wurde auf Basis der Veröffentlichung des US-Außenministeriums die Rede in Broschüren-Form verbreitet. U.S. Information Service (Hg.), *Gericht über Stalin. Chruschtschew's historische Rede auf einer Sitzung der KPdSU am 25. Februar 1956* (Wien. o. J. [1956]).

²⁹ Vgl. exemplarisch Meisel, *Die Mauer* 133.

³⁰ *ÖVst*, 6. Juni 1956, 2.

³¹ Zum Interview Togliattis, in: *ÖVst*, 20. Juni 1956, 2.

³² Das Politbüro der KP Frankreichs über den XX. Parteitag, in: *ÖVst*, 20. Juni 1956, 2; Demokratische Diskussionen in den kommunistischen Parteien, in: *ÖVst*, 24. Juni 1956, 2.

tische Büro der KPÖ „schon vor einiger Zeit“ mit derselben Bitte an die KPdSU gewendet habe³³.

Erst unter dem Eindruck der Veröffentlichung „unkontrollierbare[r] Details“³⁴ im Juni 1956 wurden die Mitglieder des Zentralkomitees der KPÖ in der Plenartagung Anfang Juli mit dem Informationsstand der engeren Parteiführung vertraut gemacht. Zuvor war den KPÖ-Delegierten zum Moskauer Parteitag die Gelegenheit geboten worden, in der sowjetischen Botschaft in Wien den Bericht Chruščëvs im Wortlaut einzusehen, allerdings mit der Auflage, ihn vertraulich zu behandeln und keine Informationen weiterzugeben³⁵. Dies war offenbar auch der Grund dafür, dass das KPÖ-Politbüro den zuvor gefassten Entschluss, den ZK-Mitgliedern in Ermangelung des Originaltextes eine Übersetzung der in der „New York Times“ veröffentlichten Chruščëv-Rede zur Kenntnis zu bringen³⁶, wieder revidierte³⁷.

Das Schweigen der KPdSU zu den Veröffentlichungen in der westlichen Presse prolongierte das Dilemma der KPÖ, die sich mit der in der „Pravda“ veröffentlichten Resolution des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956³⁸ als Antwort auf ihre Anfrage zufrieden geben musste. Im 12. ZK-Plenum im Juli 1956 tauchten jedoch auch Argumente auf, aus eigenem Antrieb die defensive Haltung fortzusetzen und eine gründliche Information über den Chruščëv-Bericht zu vermeiden: Obwohl mehrere Redner die restriktive Informationspolitik der KPdSU und der KPÖ-Führung offen kritisierten und darauf hinwiesen, dass die Parteimitglieder ohnehin aus der gegnerischen Presse Informationen bezögen, und auch ZK-Mitglieder eingestanden, den Bericht bereits gelesen zu haben, setzte sich letztlich die Auffassung des Politbüros durch, keine weiteren Details zu veröffentlichen, da dies die Verwirrung der Parteimitglieder weiter fördern würde³⁹. Damit war die Diskussion über die „Geheimrede“ Chruščëvs im Zentralkomitee vorerst abgeschlossen.

³³ Der Verlauf der Diskussion in unserer Partei, in: ÖVst, 26. Juni 1956, If hier 2. Die Bitte blieb unerfüllt. AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 33; Referat von Johann Koplenig 5; Beilage 49; Franz Honner 2.

³⁴ Der Verlauf der Diskussion in unserer Partei, in: ÖVst, 26. Juni 1956, If hier 2.

³⁵ Vgl. Franz Muhri, Kein Ende der Geschichte (Wien 1995) 105; Meise, Die Mauer 133.

³⁶ AKG, ZPA, Protokoll Nr. 33 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 19. Juni 1956.

³⁷ AKG, ZPA, Protokoll der 36. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 3. Juli 1956, 1.

³⁸ Die Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen. Ein Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: ÖVst, 3. Juli 1956, 5–7.

³⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956 und die dortigen Beilagen 34, 35, 38, 39, 40, 43, 44a, 46, 49, 51, 53 und 57.

BREITE PARTEIDISKUSSION

Nachdem die spontan einsetzenden Debatten über den 20. Parteitag der KPdSU infolge der Konzentration auf die Wahlkampagne zunächst unterbrochen bzw. abgebremst worden waren, wurde nach der Wahl von der KPÖ-Führung – auch unter dem Eindruck des schlechten Ergebnisses – eine Parteidiskussion initiiert, die „auch die Tätigkeit unserer Partei einer kritischen Überprüfung“ unterziehen sollte⁴⁰. Erst jetzt – nach dem Wahltag – habe man die Möglichkeit, „eine Atmosphäre der Diskussion zu schaffen, die eine ersprießliche Auswirkung“ der Erkenntnisse des 20. Parteitags garantiere⁴¹. Den Auftakt stellte das 11. ZK-Plenum am 24./25. Mai 1956 dar, das sich mit der Auswertung des Wahlergebnisses beschäftigte. Die KPÖ hatte bei den Nationalratswahlen am 13. Mai gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) knapp 36.000 Stimmen (circa 15 Prozent gegenüber 1953) und ein Mandat verloren. Der höchsten bisher erreichten Stimmenanzahl in Wien standen Stimmenverluste in sämtlichen anderen Bundesländern, vor allem in Niederösterreich, gegenüber. Vor diesem Hintergrund waren Stimmen laut geworden, die Diskussion nicht weiter aufzuschieben: Max Stern, Leiter der Agitationsabteilung der Wiener Stadtleitung, machte auf die Gefahr aufmerksam, dass infolge der Zurückdrängung der Diskussion durch die Wahlarbeit „all das, was sich durch den Staatsvertrag, durch die Enttäuschung, den 20. Parteitag usw. in den Genossen und Funktionären angesammelt hat [...] jetzt mit einer Heftigkeit zum Ausdruck“ kommen werde. Der Wiener Gemeinderat Ludwig Soswinski kritisierte, dass in Wien gegen „eine Reihe von Fragen [...] im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag“ ein „Damm aufgerichtet“ worden sei, der nun nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Zwar begegnete Kopenig dem mit der Richtigstellung, dass die Parteiführung mit Rücksicht auf die Wahlen von Beginn an beschlossen hatte, die Diskussion erst danach durchzuführen⁴², dennoch dürfte die Bemerkung Soswinskis einen Hinweis auf die Stimmung unter den KPÖ-Mitgliedern geben.

Der „Volksstimme“-Leitartikel am 26. Juni bilanzierte die „gewissenhafte Überprüfung der bisherigen Politik unserer Partei“ im Verlauf der Parteidiskussion, in deren Rahmen auch Fragen des 20. Parteitags „mit Leidenschaft und tiefem Ernst“ diskutiert worden seien⁴³, wobei im Funk-

⁴⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig 17.

⁴¹ Nach den Wahlen, in: WuZ, Juni 1956, 393–397 hier 397.

⁴² AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 8: Max Stern 1; Beilage 19: Ludwig Soswinski 1; Beilage 31: Schlusswort von Johann Kopenig 1.

⁴³ Der Verlauf der Diskussion in unserer Partei, in: ÖVst, 26. Juni 1956, 1f.

tionärsorgan einschränkend angeführt wurde, dass an den Diskussionen „zwar ein großer Teil unserer Funktionäre und Aktivisten, aber ein geringerer Teil“ der Mitglieder teilgenommen habe⁴⁴. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass in zahlreichen Stellungnahmen die seit 1945 nicht da gewesene Offenheit der Diskussion hervorgehoben wurde, was sowohl auf den tatsächlichen Charakter der Aussprachen verweist, jedoch auch auf das Klima, das sich in den Jahren davor in der KPÖ etabliert hatte. Auch über die ZK-Sitzung selbst wurde im Mai 1956 resümierend hervorgehoben, dass seit 1945 in keinem Plenum „eine rückhaltlosere, offenere Kritik geführt“ worden sei⁴⁵. Einen gewissen Abschluss sollte die Diskussion bereits im Juli mit der Verabschiedung einer Resolution der 12. Tagung des Zentralkomitees finden⁴⁶, in der die Analysen zusammengefasst und verallgemeinert wurden. Aufgrund der neu bekannt gewordenen Enthüllungen der „Geheimrede“ Chrusčëvs mussten jedoch im Juli weitere Mitgliederversammlungen über die Beschlüsse des 20. Parteitags durchgeführt werden⁴⁷.

Die Protokolle der ZK-Plenartagungen und auch einzelne Berichte über Mitgliederversammlungen der Monate Juni, Juli und November geben Auskunft darüber, dass in den KPÖ-Strukturen von Mai an bis zur Revolution in Ungarn im Oktober/November 1956 in der Tat überaus offen Probleme der KPÖ-Politik seit 1945 und Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung diskutiert wurden. Kritisiert wurden die Berichterstattung des kommunistischen Zentralorgans über die sozialistischen Länder, Fehler in der Bündnispolitik, vor allem in der Stellung zu den Linkssozialisten und der häufige Wechsel der Listenbezeichnungen bei den Wahlen, („Kommunisten und Linkssozialisten“, „Volksopposition“), die falsche Perspektive der KPÖ-Politik vor 1955, daraus abgeleitete „Schwankungen“ (z.B. in der Neutralitätspolitik 1954⁴⁸), die mangelnde innerparteiliche De-

⁴⁴ Die Parteidiskussion war nützlich, in: Der Funktionär, Juli 1956, 106f.

⁴⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 28: August Moser 2.

⁴⁶ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 33: Referat von Johann Koplenig 1.

⁴⁷ AKG, ZPA, Protokoll der 34. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 25. Juni 1956; Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 1: Bericht von Franz Honner an das ZK betreffend Arbeit des Pol-Büros seit dem 11. ZK-Plenum 4.

⁴⁸ Nach der Berliner Außenministerkonferenz kam es vor dem Hintergrund der sowjetischen Argumentation gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zur vorübergehenden Einstellung der Neutralitätskampagne. Der Weg zur Errichtung und Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs. Programmathe Erklärung der Kommunistischen Partei Österreichs, beschlossen auf dem 16. Parteitag, in: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs (Hg.), Der 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 13. bis 16. Mai 1954 (Gekürztes Protokoll) (Wien o. J. [1954]) 212–231. Den Hintergrund bildete die sowjetische These, dass für einen „kleinen

mokratie und der überdimensionierte Parteiapparat, die kritiklose Haltung gegenüber der Sowjetunion und damit in Zusammenhang stehende Fehler der Vergangenheit wie etwa der Bruch mit Jugoslawien und die Abstempelung kritischer Stimmen in der KPÖ als „Titoisten“. Infolge des schlechten Abschneidens der KPÖ bei den Wahlen in Niederösterreich kamen in nahezu allen Versammlungen in Wien und Niederösterreich die Kaderpolitik der KPÖ in den ehemals sowjetischen Betrieben und die Protektionsmethoden der dortigen Personalreferenten zur Sprache. Hinsichtlich des 20. Parteitags der KPdSU wurde die Forderung laut, die Rede Chruschtschows der Parteimitgliedschaft zur Kenntnis zu bringen. Vereinzelt wurde Kritik an einzelnen Mitgliedern der KPÖ-Führung laut, bis hin zur Forderung nach Rücktritt des gesamten Zentralkomitees⁴⁹.

Die wesentlichen Kritikpunkte wurden auch in den Referaten von Koplenig und Fürnberg in den ZK-Plena Ende Mai und Anfang Juli⁵⁰ sowie in der Resolution des Zentralkomitees vom 9. Juli 1956 angesprochen⁵¹. Im Mittelpunkt stand die KPÖ-Politik seit 1945, vor allem ihre Perspektive vor Abschluss des Staatsvertrags. Reflektiert wurde die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Lage: Diese sei „zu düster“ beurteilt, die Entwicklung der Konjunktur lange Zeit hindurch unterschätzt worden. Zwar sei die Politik der KPÖ „in ihren Grundlinien“ – Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs, für den Staatsvertrag, für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes – richtig gewesen, in der Durchführung habe es jedoch „ernste Fehler“ gegeben: Vor allem seien den Parteimitgliedern in den Jahren des Kalten Krieges nicht genügend die außerordentlichen Schwierigkeiten vor Augen geführt worden. Statt sie auf einen „harten, mühsamen Kampf auf lange Sicht einzustellen“, seien Zweckoptimismus verbreitet und Illusionen genährt worden.

Angespielt wurde damit vor allem auf in der Parteimitgliedschaft weit verbreitete Stimmungen, man könne vor dem Hintergrund der sowjetischen Besatzungspräsenz in Österreich ohne größere Schwierigkeiten eine volkdemokratische Entwicklung einleiten und unter Patronanz der Roten Armee, und nicht aus eigener Kraft, zum Sozialismus gelangen. Der ober-

bourgeoisien Staat“ wie Österreich eine wahrhaft neutrale Position nicht möglich sei. Wolfgang Mueller, Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005) 141–170 hier 162f.

⁴⁹ Vgl. die Sammelberichte in AKG, ZPA, Mappe „Parteidiskussion über XI. ZK-Plenum“, Mai bis Juli 1956.

⁵⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 1; Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 4.

⁵¹ Resolution der 12. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ, in: ÖVst, 17. Juli 1956, 4.

österreichische Arbeiterkammerrat August Moser kritisierte, man habe in Niederösterreich „schon in einer Art Nachtwahn gelebt“, nachdem man mit der weiteren Anwesenheit der sowjetischen Truppen und einer Entwicklung zur Volksdemokratie gerechnet habe⁵². Der für die KPÖ überraschende Abschluss des Staatsvertrags bedeutete das Ende dieser Illusion, worauf nicht wenige GenossInnen „buchstäblich den Boden unter den Füßen“ verloren hätten⁵³. Otto Fischer, 1945 bis 1949 Abgeordneter des steiermärkischen Landtags und nunmehr Mitarbeiter des zentralen Parteiapparats in Wien, kritisierte gar, dass es der Partei – trotz richtiger Orientierung auf Staatsvertrag und Abzug der Besatzungstruppen – insgesamt am Glauben an den Erfolg dieses Kampfes gefehlt habe. Der Widerspruch, dass der letztlich doch erfolgreiche Kampf um den Staatsvertrag zu einer schweren Krise der Partei geführt habe, gründe darin, dass dahingehende politische Forderungen „mehr als eine Agitationsparole als eine ernste Politik gewertet“ worden seien. Auch Friedl Fűrberg musste einräumen, dass „ein-zwei Jahre vor dem Abschluss des Staatsvertrages [...] die Genossen im großen und ganzen auf Grund der entstandenen Weltlage einfach nicht mehr geglaubt haben, dass jetzt wirklich ein Staatsvertrag entstehen wird“⁵⁴.

Die tiefe Vertrauenskrise, „Enttäuschung und Erbitterung“⁵⁵ der Parteimitglieder resultierte somit nicht nur aus den Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU, sondern auch aus den Rückschlägen der KPÖ-Politik der letzten zehn Jahre und der Schockwirkung, die der Abschluss des Staatsvertrags in der KPÖ auslöste: Die Partei stand 1955 vor der paradoxen Situation, seit 1945 und vor allem ab 1948 für den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen und einen ehestmöglichen Abschluss des Staatsvertrags eingetreten, durch die neuen Bedingungen infolge des tatsächlichen Abschlusses jedoch erheblich geschwächt worden zu sein. Wurde zunächst noch – in Beibehaltung der schönfärberischen Linie – hervorgehoben, dass durch den Abschluss des Staatsvertrags „neue, günstigere Bedingungen für die Stärkung und Festigung der demokratischen Kräfte und der Kräfte des Friedens geschaffen“ würden⁵⁶, musste man sich nun mit den Schwierigkeiten der neuen Lage konfrontieren: „Der Abschluss des Staats-

⁵² AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 28: August Moser 4.

⁵³ Z.B. AKG, ZPA, Walter Wachs, Bericht über die Mitgliederversammlung in der BO Nova, 19. Juni 1956, 1.

⁵⁴ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 11: Otto Fischer 2; Beilage 32: Schlusswort von Friedl Fűrberg 10.

⁵⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 16: Josef Lauscher 1.

⁵⁶ AKG, ZPA, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ, 20. Mai 1955, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig 19.

vertrages, die Übergabe der Usia-Betriebe und der damit einsetzende politische, ideologische und manchmal auch wirtschaftliche Druck, haben bei einem Teil der Kommunisten eine schwere Schockwirkung ausgelöst, die bis heute noch nicht völlig überwunden ist“, analysierte Johann Koplenig, wobei er dies mit „Schwankungen und Fehlern im Kampf um den Staatsvertrag“ in Zusammenhang brachte⁵⁷. Zum Beispiel sei es in den Unternehmen der ehemaligen sowjetischen Eigentumsverwaltung (Upravlenie Sovetskimi muščestvom v Avstrii, USIA) mit den verunsicherten Parteiorganisationen nicht möglich gewesen, nach Übergabe der Betriebe wirkungsvoll gegen die nun einsetzende Diskriminierung der Kommunisten aufzutreten, was die Passivität der Aktivisten begünstigte und letztlich zum Austritt vieler Mitglieder führte⁵⁸.

Offen angesprochen wurde die unkritische Haltung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht, das kritiklose Nachvollziehen der Politik der Sowjetunion und der KPdSU: Die KPÖ habe Fehler in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern durch ihre bedingungslose Verteidigung in ihren Auswirkungen noch verstärkt, resümierte Fürnberg⁵⁹. Insgesamt sei man zu wenig von den österreichischen Verhältnissen ausgegangen, z.B. sei die Parole der „nationalen Freiheitsfront“ 1951 mechanisch und schematisch aus den sowjetischen Beschlüssen⁶⁰ übernommen worden, obwohl die Voraussetzungen dafür aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse in Österreich nicht existiert hätten. Die Orientierung auf die sowjetische Politik habe es den Gegnern erleichtert, die KPÖ als „russische Partei“ hinzustellen: Die „antisowjetische, antikommunistische Propaganda, die durch das Problem des Erdöls und der USIA sowie durch einzelne Übergriffe sowjetischer Kommandanturen und Dienststellen erleichtert wurde“, habe die KPÖ „von den breiten Massen des arbeitenden Volkes isoliert“, wurde in der Juli-Resolution festgestellt. Auch Koplenig führte in seinem Einleitungsreferat zum 11. ZK-Plenum Ende Mai 1956 das schlechte Abschneiden in Niederösterreich vor allem auf die Haltung der KPÖ zur sowjetischen Besatzungsmacht zurück: Der SPÖ sei es „zum Großteil durch unsere eigenen Fehler“ gelungen, die KPÖ „als Anhängsel der Besat-

⁵⁷ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig 9f und 17f.

⁵⁸ AKG, ZPA, Zur Lage der Partei in Niederösterreich, 23. Oktober 1959, 1f.

⁵⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 4: Referat von Friedl Fürnberg 9.

⁶⁰ Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(B) zu dem Brief von J. Koplenig vom 17. September 1951 über die Thesen des ZK der KP Österreichs, 18. Oktober 1951, in: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman Naimark, Gennadij Bordjugov (Hgg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) 771.

zungsmacht zu kompromittieren und von den breiten Massen zu isolieren“. Die Partei sei zwar in Niederösterreich in den Jahren der Besatzungszeit als Machtfaktor betrachtet worden, „allerdings war sie keine wirkliche Macht, sondern eine Macht im Schatten der Besatzungsmacht“⁶¹.

Im Zusammenhang mit der Kritik an der praktischen Arbeit in den USIA-Betrieben wurden auch Schlussfolgerungen gezogen, die mit der vom 20. Parteitag der KPdSU aufgerollten Frage der Einheit der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den friedlichen Übergang zum Sozialismus in Zusammenhang standen. So sei es in der Vergangenheit im Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu „grobe[n] Verstößen gegen eine richtige Einheitsfrontpolitik“ gekommen, das Verhalten zu ihnen in den ehemaligen USIA-Betrieben sei nicht immer dazu geeignet gewesen, „uns ihr Vertrauen zu bringen“, kritisierte Kopenig. Josef Meisel, Landessekretär von Niederösterreich, sprach gar von einer „vergiftete[n] Atmosphäre“ im Verhältnis zu den Sozialdemokraten infolge der unrichtigen Haltung der Kommunisten⁶². Mit der im Juli beschlossenen Resolution „Die Einheit der Arbeiterklasse“ wurde der Gedanke in den Vordergrund gerückt, dass die SPÖ trotz ihrer kleinbürgerlichen und antikommunistischen Führung in ihrer Mehrheit aus Arbeitern und Angestellten bestehe und von diesem Gesichtspunkt aus vor allem eine Arbeiterpartei sei. Eine Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialisten würde nicht nur durch die Entspannung in den internationalen Beziehungen, sondern auch durch die Überwindung der Fehler in den Volksdemokratien und in der Sowjetunion erleichtert werden, da sich dadurch die Anziehungskraft der sozialistischen Idee erhöhen werde⁶³.

Im Mittelpunkt der Parteidiskussion der Monate Mai bis Juli stand jedoch der 20. Parteitag der KPdSU. In den ersten Reaktionen kam die tiefe Erschütterung der völlig unvorbereiteten Parteibasis zum Ausdruck, bis hin zur Ablehnung der bekannt gewordenen Kritik: „Das Erschütternde war, dass hier Dinge bekanntgegeben worden sind, die niemand vor Kurzem für möglich gehalten hätte“, umriss Rosl Großmann – Chefredakteurin der „Stimme der Frau“ – die Stimmung der schockierten Parteibasis⁶⁴, es gebe

⁶¹ AKG, ZPA, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ, 24./25. Mai 1956, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig 9.

⁶² Ebenda, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig 18; Beilage 3: Josef Meisel 4. Zur „Personalpolitik“ in den USIA-Betrieben: Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich und ihre politische Mission 1945–1955 (Wien/Köln/Weimar 2005) 182f.

⁶³ Die Einheit der Arbeiterklasse. Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Oesterreichs, in: ÖVst 175, 29. Juli 1956, 4.

⁶⁴ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 23: Rosl Großmann 2.

„keinen Kommunisten in der ganzen Welt“, „der nicht durch die schweren Fehler, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU selbstkritisch aufgedeckt und analysiert wurden, schmerzlich erschüttert wäre“, war Mitte Juni auch öffentlich im Zentralorgan zu lesen⁶⁵. Johann Kopenig wiederum gab zu bedenken, ein großer Teil der Parteimitglieder und Funktionäre glaube nicht, dass die Beschuldigungen des 20. Parteitags richtig seien⁶⁶.

Wesentlich zur Verunsicherung und Verwirrung beigetragen hatte in den Augen der führenden KommunistInnen die Art und Weise, wie Chruščëv am 20. Parteitag die Kritik an Stalin formulierte und wie diese den kommunistischen Parteien zur Kenntnis gebracht wurde: Bei der Aufrollung dieser Fragen seien die Kampfbedingungen der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern nicht genügend berücksichtigt worden, kritisierten Franz Marek und auch die ZK-Resolution offen. Ende Dezember – unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn – bilanzierte der Chefredakteur des Theorieorgans gar, dass die Form der Kritik auf dem 20. Parteitag „gewiss mehr geschadet als genützt“ habe⁶⁷. Im Juli hatte Franz Honner bereits den Arbeiteraufstand in Posen (Poznań) in Zusammenhang gebracht mit der Form, wie der Bericht Chruščëvs den Parteien der volksdemokratischen Ländern zur Kenntnis gebracht worden war⁶⁸.

Deformationen in den sozialistischen Ländern wurden nun ebenso zum Gegenstand der Kritik wie die Schönfärberei und bisherige kritiklose Haltung der KPÖ. Hinsichtlich der sowjetischen Entwicklung wurde die Kritik der KPdSU an der Stalin'schen These nachvollzogen, wonach sich mit den Fortschritten des Sozialismus der Klassenkampf verschärfe: Im allgemein richtigen Kampf gegen die Konterrevolution, die Trotzlisten, rechte Opposition und gegen tatsächliche Spione sei diese Theorie so weit ausgedehnt worden, dass man überall – vor allem in den eigenen Reihen – Gegner gesucht und erfunden habe⁶⁹. In der Resolution vom 9. Juli wurden auch die Opfer des Stalin-Terrors angesprochen: Stalins Machtmissbrauch seien letztlich auch „aufrechte Kommunisten und ehrliche Sowjetbürger“ zum Opfer gefallen, hieß es in der Resolution, die darüber hinaus nur allgemein den Personenkult und die Verletzung von sozialistischer Gesetzlichkeit und

⁶⁵ Wir und die Sowjetunion, in: ÖVst 139, 17. Juni 1956, 1f hier 1.

⁶⁶ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 57: Schlusswort von Johann Kopenig 2.

⁶⁷ Franz Marek, Gedanken zum 20. Parteitag, in: WuZ, Juli/August 1956, 479–484 hier 479 und 484; ders., Zu den Ereignissen in Ungarn, in: WuZ, Dezember 1956, 866–876 hier 866.

⁶⁸ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 49: Franz Honner 2f.

⁶⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 21: Referat von Friedl Fürnberg 61–63.

Demokratie unter Stalins Verantwortung kritisierte. Insgesamt dominierte jedoch die Argumentation, Berija und ähnliche „Kreaturen im Sicherheitsapparat“ für die Gesetzlosigkeiten und Willkürakte in der Sowjetunion oder auch in Ungarn im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozess verantwortlich zu machen⁷⁰.

Eine völlig untergeordnete Rolle spielte die Frage nach den Ursachen der aufgezeigten Fehler. Kopenig wertete die ZK-Resolution der KPdSU vom 30. Juni bereits als Antwort auf die Frage, wie dies alles geschehen konnte⁷¹. Einen gewissen Einfluss auf die Diskussionen in der KPÖ übte das Interview Togliattis in der italienischen Zeitschrift „Nuovi Argumenti“ aus⁷², worin er die auf dem 20. Parteitag formulierte Analyse der Fehler Stalins, ihrer Ursachen und Bedingungen, sowie das Argument des Personenkults als nicht befriedigend bezeichnete. Erforderlich sei eine gründliche Analyse, „wie es zu dem System kommen konnte, das durch die Fehler Stalins charakterisiert ist“⁷³. Als einer der wenigen knüpfte Ernst Fischer – Nationalratsabgeordneter und intellektuelles Aushängeschild der Partei – an diese Überlegungen an: Als er Anfang Juli im Politbüro einen Artikel mit dem Titel „Verantwortung“ vorlegte, wurde dessen Veröffentlichung jedoch abgelehnt⁷⁴. Fischer kritisierte darin, dass der Bericht Chruščëvs „die Frage nach dem Woher und Warum der Entartung eines bürokratischen Machtapparates unbeantwortet lasse“, deren Ursachen müssten jedoch in einer marxistischen Analyse aufgedeckt werden⁷⁵. Ausschlaggebend für die Nichtveröffentlichung seines Beitrags im Juli 1956 war wohl die Tatsache, dass Ernst Fischer noch einen Schritt weiterging, die Frage nach der Mitverantwortung der Kommunisten anderer Länder aufwarf – und bejahte. Zwar seien die Untaten des Stalin-Regimes in Einzelnen nicht bekannt gewesen, jedoch sei über unverständliche Erscheinungen geschwiegen worden, ja „in unserem schweren Abwehrkampf gegen den Antikommunismus hatten wir das Gefühl, alles verteidigen zu müssen, was in der kommunistischen Welt

⁷⁰ E. [Erwin] Z.-Sch. [Zucker-Schilling], Die Rehabilitierung Laszlo Rajks, in: ÖVst, 31. März 1956, 1f; Zum 20. Parteitag der KPdSU, in: WuZ, April 1956, 314–317 hier 315.

⁷¹ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 33: Referat von Johann Kopenig 5.

⁷² Vgl. Leopold Spira, Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus (Wien 1979) 23.

⁷³ Zitiert nach: Togliatti über Probleme des XX. Parteitages, in: ÖVst, 19. Juni 1956, 3f. Im Juli erschien das vollständige Interview als Sondernummer der Theoriezeitschrift „Weg und Ziel“. Probleme der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, in: WuZ, Sondernummer, Juli 1956, 578–606.

⁷⁴ AKG, ZPA, Protokoll der 36. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 3. Juli 1956, 1.

⁷⁵ Ebenda, Beilage: Ernst Fischer, Verantwortung 1. Irrtümlich schreibt Fischer in seinen Erinnerungen von einem Artikel mit dem Titel „Die Mitschuld“. Fischer, Das Ende 165.

geschah“: „Da wurden Menschen verhaftet, die ich kannte und die für Feinde des Kommunismus, für ‚Agenten des Imperialismus‘ zu halten ich mich weigerte. Da gab es befremdende Geständnisse, erschreckende Todesurteile. Da gab es eine merkwürdige Zurückhaltung russischer Freunde, etwas Unausgesprochenes und wie zur Maske Erstarrtes. Da gab es einen fast byzantinischen Ritus mit monströsen Bildern und mechanisiertem Applaus. Da gab es Erscheinungen, die dem Wesen des Marxismus widersprachen, Weihrauch an Stelle von Wissenschaft, Spruchbänder an Stelle neuer Erkenntnisse, administrative Verfügungen an Stelle freier und schöpferischer Diskussion.“ Dies kritisch zu hinterfragen sei jedoch mit Hinweis darauf, dass dies nur dem Gegner nutze, verhindert worden. Jedoch hätten die Kommunisten nicht schweigen dürfen, so Ernst Fischer.

Friedl Fűrberg war zuvor im März-Plenum des Zentralkomitees hinsichtlich der Mitverantwortung der KPÖ und ihrer Parteiführung zu anderen Schlussfolgerungen gelangt: Die Frage, warum auch in der KPÖ die aufgezeigten Fehler nachvollzogen worden sind, beantwortete er mit dem Hinweis darauf, dass es die Existenz der KPÖ und dadurch die Zukunft der österreichischen Arbeiterklasse gefährdet hätte, wenn versucht worden wäre, einen anderen Weg zu gehen: Deshalb sei die Frage, warum dies alles mitgemacht worden sei, „rein akademisch“⁷⁶. Unter dem Eindruck der vorangegangenen Diskussionen hob Kopenig jedoch Monate später eine „besondere Verantwortung“ der führenden Genossen hervor, dass die KPÖ so wie alle kommunistischen Parteien dem Stalinkult blind gefolgt sei⁷⁷.

ABSCHWÄCHUNG DER DISKUSSION

Nach Veröffentlichung der ZK-Resolution im Juli 1956 trat das Bemühen in den Vordergrund, die Diskussion über den 20. Parteitag abzubremsen bzw. zu kanalisieren: Wie bereits zu Beginn der Debatte im März sollte der Schwerpunkt erneut auf die „friedliche Koexistenz“, die Verhinderung von Kriegen, die neuen Wege zum Sozialismus und auf die Arbeitereinheit gelenkt werden. Im Theorieorgan wurde zu diesem Zweck ab Juni eine schriftliche Diskussion über den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ gestartet, in der die bereits in der Zeit des Exils entwickelte und in den „Programmatischen Leitsätzen“ des Jahres 1946 ausformulierte Linie aufgegriffen wurde, infolge des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses einen friedli-

⁷⁶ AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 21: Referat von Friedl Fűrberg 71f.

⁷⁷ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 33: Referat von Johann Kopenig 13.

chen demokratischen Weg zum Sozialismus beschreiten zu können⁷⁸ – eine Konzeption, die, so Fürnberg, durch den Kalten Krieg „weggeschwemmt“ worden sei, wobei er festhielt, dass mit dem friedlich-parlamentarischen Weg nunmehr ein „neuer Weg“ gemeint sei, „der nicht sein wird so wie in der Volksdemokratie“⁷⁹. Zwar beteiligten sich bis Dezember 43 GenossInnen an dieser schriftlichen Debatte⁸⁰, dennoch blieben in den Diskussionen in sämtlichen Strukturen der KPÖ – sowohl im Zentralkomitee als auch in den unteren Parteieinheiten – die Fehler und Schwächen der Vergangenheit bestimmend.

Angesichts dessen hatte Fürnberg bereits im Juli sein Referat mit dem Gedanken eingeleitet, dass auch im Rahmen der Diskussion über Schwächen und Mängel die Tatsache hervorgehoben werden müsse, dass die politische Grundlinie der Partei richtig gewesen sei, andernfalls komme „die Grundlage der Partei ins Wanken“. Wohl ebenso vor diesem Hintergrund spielte ab Juli in den Stellungnahmen führender Kommunisten die Warnung vor einer ausschließlichen „Fehlerdiskussion“ eine verstärkte Rolle: Zwar sei es notwendig, über die Fehler der Vergangenheit zu diskutieren, dennoch dürfte die Partei kein „Diskutierklub“ werden, jede Diskussion müsse auch ein Ende finden⁸¹. Diese Argumentation wurde im Vorfeld der Ungarn-Krise und bis zum 17. Parteitag im März 1957 vertieft. Insgesamt standen die Monate bis Oktober im Zeichen des Bemühens der Parteiführung, die innenpolitischen Probleme, vor allem die wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Kämpfe, u.a. den Bäckereiarbeiterstreik und die Streikbewegung der Donawitzer Arbeiter, in den Vordergrund zu rücken. Außenpolitisch dominierten in der Parteipresse seit August die Suez-Krise und das KPD-Verbot. Ab Oktober brachen im Zuge der Unruhen in Polen und Ungarn die Diskussionsfragen des 20. Parteitags erneut auf.

DIE UNGARN-KRISE: VOLKSAUFSTAND ODER „KONTERREVOLUTION“?

Von den Ereignissen in Ungarn Ende Oktober und Anfang November war die KPÖ aufgrund der direkten Nachbarschaft noch unmittelbarer betroffen als von den Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU. Die tiefen Erschüt-

⁷⁸ Programmatistische Leitsätze der KPÖe, in: WuZ, Mai 1946, 314–320. Zur politischen Konzeption der KPÖ: Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner (Innsbruck/Wien/Bozen 2006) 63–95.

⁷⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 32: Schlusswort von Friedl Fürnberg 27.

⁸⁰ Schluß der Diskussion über Österreichs Weg zum Sozialismus, in: WuZ, Dezember 1956, 913–919 hier 917.

⁸¹ AKG, ZPA, Protokoll des 12. ZK-Plenums der KPÖ, 7.–9. Juli 1956, Beilage 4: Referat von Friedl Fürnberg 1 und 21.

terungen der KPÖ und Unsicherheiten ihrer Parteiführung kamen sowohl in den erregten ZK-Debatten als auch in der Berichterstattung der Parteipresse zum Ausdruck. Die Meldungen von den Straßenkämpfen in Budapest nach der Studentendemonstration am 23. Oktober erreichten die ZK-Mitglieder mitten in ihrer 13. Plenartagung, die unter dem Eindruck der Geschehnisse auf Anfang November vertagt wurde⁸². In der Parteipresse wurde von der Abwehr eines „gegenrevolutionären Anschlags“ auf die sozialistische Ordnung gesprochen⁸³, eine vom Politbüro ausgearbeitete Erklärung des Zentralkomitees konstatierte, dass „konterrevolutionäre Elemente“ die Volksbewegung ausnützen wollten, deren „Sinn und Inhalt“ die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, die Befreiung des sozialistischen Systems „von den Fesseln des Bürokratismus“ und die „volle Entfaltung der sozialistischen Demokratie“ sei⁸⁴. Dass es diesen Elementen gelungen sei, sich in den Demokratisierungsprozess einzuschalten und Arbeiter und Jugendliche zu diesen Kämpfen zu missbrauchen, wurde der ungarischen Parteiführung angelastet, die durch „Uneinigkeit, Unentschlossenheit, Unsicherheit und Konzeptlosigkeit“ die Kommunisten kopflos gemacht habe⁸⁵.

Auch in den Folgetagen bewegten sich die Einschätzungen zwischen den beiden Polen „Volksbewegung“ und „konterrevolutionärer Putsch“, bis sich letztlich unter dem Eindruck der zweiten sowjetischen Intervention und der Stellungnahmen der neuen ungarischen Regierung unter János Kádár die Gewichtung völlig dahin verschob, dass in Ungarn ein „konterrevolutionärer Aufstand“ niedergeschlagen worden sei. Vor diesem Hintergrund wurden zahlreiche KPÖ-Analysen aus den Krisentagen – vor allem die Einschätzung der Regierung Nagy – im Nachhinein als „Schwankungen“ verurteilt und als Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung charakterisiert.

Zunächst wurden die Durchsetzung der Regierung Nagy, die Niederschlagung der „Reaktion“ und der einem Versprechen Nagys vom 25. Oktober entsprechende⁸⁶ sowjetische Truppenabzug gemeldet⁸⁷. Dass Imre

⁸² AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, 3.

⁸³ Auch in Ungarn gegenrevolutionärer Anschlag abgewehrt, in: ÖVst, 25. Oktober 1956, 1f hier 1.

⁸⁴ Zu den Ereignissen in Ungarn und Polen. Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Oesterreichs, in: ÖVst, 25. Oktober 1956, 1f hier 1; AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, 3.

⁸⁵ Sozialistische Demokratie oder Reaktion, in: ÖVst, 27. Oktober 1956, 1f hier 1.

⁸⁶ Vgl. János M. Rainer, Bernd-Rainer Barth, Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion, in: Hegedüs, Wilke, Satelliten nach Stalins Tod 219–258 hier 245.

⁸⁷ Regierung Imre Nagy setzt sich durch. Ruhe in Budapest fast hergestellt – Voraussichtlich heute wieder Zugverkehr, in: ÖVst, 28. Oktober 1956, 1f; In Ungarn: Festigung der neuen Macht, in: ÖVst, 30. Oktober 1956, 1f.

Nagy am 30. Oktober öffentlich von einer „Revolution“ sprach und die Arbeit seiner Regierung mit den Forderungen und Zielen der Massenbewegung legitimierte⁸⁸, steigerte die „vollkommene Verwirrung“⁸⁹ in der Einschätzung der Ereignisse. Nach der Bildung einer Mehrparteienregierung wurde am 31. Oktober von einer „neue[n] Wendung“ berichtet, wonach das neue Programm der Regierung Nagy auch Maßnahmen vorsehe, „deren Verwirklichung die Errungenschaften des Sozialismus aufs Spiel setzt“⁹⁰. Unterschiedliche Akzentsetzungen kamen am 1. November im Zentralorgan zum Ausdruck: Während der in Ungarn als Sonderberichterstatter eingesetzte Bruno Frei die ungarische Regierung dafür kritisierte, dass sie sich von der „stündlich anschwellenden Bewegung so weit treiben“ habe lassen, „dass sie schließlich den Boden preisgab, auf dem sie stand“, worauf sich die Konterrevolution der Führung bemächtigt habe⁹¹, hob Ernst Fischer im ungezeichneten Leitartikel den Kampf der Massen gegen eine Gruppe kommunistischer Parteiführer hervor, die ihre Macht missbraucht hätten. Indem diese als „tragische[n] Schlussakt all der Fehler“ die sowjetischen Streitkräfte zu Hilfe rief, habe sie „den leidenschaftlichen nationalen Widerstand heraufbeschworen und das ungarische Volk bis zum Äußerten erbittert“. Unter dem Eindruck der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 30. Oktober über die „Grundprinzipien der Entwicklung und weiteren Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“⁹² wurde die Anwesenheit von sowjetischen Truppen in Ungarn insgesamt als „allzulang“ eingeschätzt. „Die Volksdemokratie in Ungarn ist durch die Schuld der alten Parteiführung zusammengebrochen“, die neue Führung wiederum sei nicht imstande gewesen, „die klassenbewussten Arbeiter zusammenzufassen“ und weiche vor der Reaktion zurück. Im Kontrast dazu wurde der polnischen Parteiführung Anerkennung dafür ausgesprochen, dass sie sich

⁸⁸ Vgl. Manfred Wilke, András B. Hegedüs, Der gescheiterte Gesellschaftsvertrag zwischen Partei und Volk im sowjetischen Imperium, in: ebenda 290–305 hier 302.

⁸⁹ AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 35: Bruno Frei 2.

⁹⁰ Ernste Wendung in Ungarn unter dem Druck reaktionärer Kräfte. Regierung Nagy erneut umgebildet – Ein Provokationsversuch von unabsehbaren Folgen, in: ÖVst, 31. Oktober 1956, 1f hier 1.

⁹¹ Bruno Frei, Das Drama von Budapest. Vier Tage Agonie der ungarischen Volksdemokratie (Von unserem aus Budapest zurückgekehrten Sonderberichterstatter), in: ÖVst, 1. November 1956, 1f hier 1.

⁹² Auszugsweise abgedruckt in: Crusius, Wilke, Entstalinisierung 137f. Vgl. Erklärung Moskaus: Räumung Budapests. Abzug aus Ungarn, Polen und Rumänien erwogen. Neuregelung der Beziehungen zu den Volksdemokratien, in: ÖVst, 31. Oktober 1956, 1.

rechtzeitig „an die Spitze der Volksbewegung für sozialistische Demokratie“ gestellt habe⁹³.

Am 3. November meldete das Zentralorgan, dass die Regierung Nagy den Warschauer Vertrag gekündigt, „eigenartige“ Protestnoten an die sowjetische Regierung gerichtet und an die Vereinten Nationen appelliert habe. Gerüchte über sowjetische Truppenbewegungen wurden dementiert⁹⁴. Genau in diese Tage der höchsten Verunsicherung auch der Parteiführung fiel die Fortsetzung des 13. ZK-Plenums. Johann Koplenig sprach von einer „überraschende[n] kritische[n] und tragische[n] Wendung“: Es sei zwar „nicht ganz klar, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden“. Ersichtlich sei jedoch bereits, dass „die ungarische Arbeiterklasse [...] die Macht verloren und eine schwere Niederlage erlitten“ habe. Vergeblich habe man gehofft, dass sie „als der Faktor in Erscheinung treten“ werde, „um die Volksdemokratie zu schützen“, was durch die „Unentschlossenheit und Tatenlosigkeit der Regierung“ und ihrer Nachgiebigkeit nicht gelingen konnte. Auch Ernst Fischer meinte, dass es in Ungarn „in der nächsten Zeit keine Volksdemokratie“ geben werde, die Konterrevolution jedoch nicht unabwendbar sei und er sich eine starke sozialdemokratische Partei wünsche. Im unmittelbaren Vorfeld der zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossenen sowjetischen Intervention äußerte Fischer seine Erschütterung über Auffassungen, man hätte die Macht mit allen Mitteln halten müssen: „Welche Macht“, fragte er, könne „die Macht der Arbeiterklasse so verstehen, dass sie sich nur auf die sowjetischen Truppen stützt?“⁹⁵ In der ZK-Erklärung, die zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung durch die sowjetische Militärintervention weitgehend überholt war, hieß es, dass sich das ungarische Volk gegen eine Regierung gewendet habe, „zu der es das Vertrauen verloren hatte“, weil sich eine Schicht führender Funktionäre vom Volk isoliert habe. Konterrevolutionäre Kräfte hätten die Erbitterung des Volkes gegen die Volksdemokratie ausgenützt⁹⁶.

Nach dem zweiten sowjetischen Einmarsch am 4. November 1956 rückte der „weiße Terror“ in den Mittelpunkt der Berichterstattung: Die „Konterrevolution“ habe in Budapest ihr „Blutregime“ errichtet⁹⁷, schrieb Jo-

⁹³ Die ungarische Tragödie, in: ÖVst, 1. November 1956, 1f hier 1. Die Autorenschaft Fischers geht hervor aus: AKG, ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ, 31. März bzw. 6. April 1957, Beilage 28: Ernst Fischer 4.

⁹⁴ In Ungarn Versuche zu gefährlicher Zuspitzung, in: ÖVst, 3. November 1956, 1f.

⁹⁵ AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig 1 und 5; Beilage 12: Ernst Fischer 1.

⁹⁶ Die Ereignisse in Ungarn und in Aegypten. Appell des Zentralkomitees der KPÖ, in: ÖVst, 4. November 1956, 1f hier 1.

⁹⁷ Alle Kräfte zum Schutz der Neutralität, in: [Österreichische] Volksstimme, Extraausgabe, 5. November 1956, 2.

hann Kopenig in Anspielung auf die Lynchjustiz gegen kommunistische Funktionäre während des Aufstands. Durch den Einzug der Sowjetarmee sei dem ein Ende gemacht und die „Gegenrevolution“ vertrieben worden, meldete eine Extraausgabe der „Volksstimme“. Die Regierung Nagy, „die den reaktionären und konterrevolutionären Kräften den Weg geöffnet“ habe, sei zerfallen⁹⁸. Die Folgetage standen ganz im Zeichen der Rechtfertigung des sowjetischen Eingreifens als „Akt der Solidarität mit den fortschrittlichsten Kräften des ungarischen Volkes“, als „Akt im Interesse des Friedens“⁹⁹ zur Verhinderung eines dritten Weltkriegs. Einzelne Stimmen, wie jene Leopold Hrdlickas im Zentralkomitee¹⁰⁰ oder jene der „Tagebuch“-Mitarbeiterin Marie Rapp, wonach die Intervention bestenfalls als „bedauerliche Notwendigkeit“, nicht jedoch als Anlass für Solidaritätserklärungen gesehen werden könne¹⁰¹, blieben vereinzelt und riefen heftigen Widerspruch hervor. Ernst Fischer sprach im Jänner 1957 davon, dass es nur „einzelne Genossen“ gebe, die an der unbedingten Notwendigkeit des zweiten Eingreifens – von der auch er überzeugt sei – zweifeln würden¹⁰².

Zwar wurde im März 1957 von Friedl Fűrberg festgehalten, dass es falsch gewesen sei, interne Meinungsverschiedenheiten nicht sichtbar werden zu lassen, weil dies „die Entwicklung der theoretischen Gedanken gehemmt“ habe¹⁰³. Dennoch wurden unterschiedliche Auffassungen in der Parteiführung nur anhand eines Beispiels zumindest für aufmerksame BeobachterInnen deutlich: So erschien am 25. November in der „Volksstimme“ ein Beitrag Ernst Fischers, den er zuvor aufgrund einer Diskussion im Politbüro umzuarbeiten hatte, wobei er auf dem Inhalt beharrte und nur den Ton zu ändern bereit war. Fischers Artikel – so wurde explizit festgestellt – enthalte nur seine „persönlichen Auffassungen“¹⁰⁴. Wenige Tage zuvor war Fischer im Politbüro für sein Auftreten gegen Fűrberg auf der Bezirkskonferenz in Favoriten kritisiert worden¹⁰⁵. Es sei nicht richtig ge-

⁹⁸ Arbeiterregierung in Ungarn. Die Konterrevolution geschlagen. Dem weißen Terror ein Ende gesetzt, in: [Österreichische] Volksstimme, Extraausgabe, 5. November 1956, 1.

⁹⁹ F.M. [Franz Marek], Nochmals: Das Eingreifen der Sowjettruppen in Ungarn, in: ÖVst, 12. Dezember 1956, 1f hier 1.

¹⁰⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 27: Leopold Hrdlicka 2.

¹⁰¹ Einklang zwischen Gewissen und Verstand, in: Tagebuch, 15. Dezember 1956, 1.

¹⁰² AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 26: Ernst Fischer 5.

¹⁰³ AKG, ZPA, Protokoll des 15. ZK-Plenums der KPÖ, 14./15. März 1957, Beilage 9e: Referat von Friedl Fűrberg 1.

¹⁰⁴ AKG, ZPA, Protokoll der 61. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 20. November 1956; Protokoll der 62. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 22. November 1956, 1.

¹⁰⁵ Vgl. AKG, ZPA, Protokoll der 58. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 12. November 1956, 1.

wesen, dass Mitglieder des Politbüros in der Öffentlichkeit gegeneinander argumentierten und grundsätzliche Fragen aufrollten, die noch nicht im Politbüro diskutiert und beschlossen seien. Die Parteiöffentlichkeit erfuhr nichts über diese Differenzen im KPÖ-Leitungsgremium, wengleich Fischers Auftreten in Parteiversammlungen nicht unbemerkt geblieben war¹⁰⁶. Gegenüber den ZK-Mitgliedern wurde erst im April 1957 zugegeben, dass in diesen Tagen zwischen Fischer und den anderen Mitgliedern des Politbüros Meinungsverschiedenheiten bestanden¹⁰⁷.

Fischer entwickelte in seinem Beitrag eine über die offiziellen KPÖ-Stellungnahmen hinausgehende Kritik an der ungarischen Parteiführung: Diese habe nicht dem Volk vertraut, sondern sich auf einen „militärischen und bürokratischen Machtapparat“ gestützt und ein „diktatorisch-bürokratisches Regime“ errichtet. Das sowjetische Beispiel sei mechanisch auf ein Land mit vollkommen anderen Voraussetzungen und Traditionen übertragen worden. Dieser Weg der Parteiführung führte zu „einem System von Fehlern und schließlich zu bürokratischer Gewaltherrschaft“. Besondere Aufmerksamkeit verdient seine Feststellung, wonach es „vollkommen falsch [wäre], die Ereignisse in Ungarn als einen ‚konterrevolutionären Putsch‘ zu charakterisieren“. Die Forderungen der Volksmassen hätten sich nicht gegen die Grundlagen des Sozialismus, sondern „gegen ein bürokratisches, die Forderungen des Volkes missachtendes Regime“ gerichtet. Als seine „persönliche Auffassung“ wies er die Einschätzung aus, dass es sich um einen verhängnisvollen Schritt gehandelt habe, im Oktober die sowjetischen Truppen zu Hilfe zu rufen, da dieses erste Eingreifen einen nationalen Widerstand herausgefordert hätte, der es den Ungarn nicht mehr erlaubte, „berechtigte Forderungen von den Zielsetzungen der Reaktion zu unterscheiden“. Nach dem Zurückweichen der Regierung Nagy vor den Ansprüchen der „Konterrevolution“ habe sich letztlich die „entsetzliche Alternative“ herausgebildet: entweder Sieg der „Konterrevolution“ – oder neuerliches militärisches Eingreifen. Abschließend äußerte Fischer seine Hoffnung, dass die sowjetischen Truppen so bald wie möglich aus Ungarn abziehen würden und Ungarn „seinen Weg zu Unabhängigkeit und Sozialismus“ finde¹⁰⁸.

Ab Anfang Dezember wurden in Einschätzung der Ursachen der ungarischen Ereignisse die Analysen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns übernommen: Als Fehler der ungarischen Parteiführung wurden die „Gigantomanie in der Entwicklung der Schwerindustrie“, der „mensen- und

¹⁰⁶ Vgl. AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 9; Herbert Grossmann I; Grünwald, Wandlung 120.

¹⁰⁷ AKG, ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ, 31. März bzw. 6. April 1957, Beilage 28; Ernst Fischer 4; Beilage 43; Schlusswort von Johann Koplenig 7.

¹⁰⁸ Ernst Fischer, Wie konnte es geschehen, in: ÖVst, 25. November 1956, 5.

massenverachtende Bürokratismus“, der in der Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit gipfelte, sowie die „Missachtung aller nationalen Gefühle“ herausgearbeitet¹⁰⁹. Als die vier Hauptursachen der Ereignisse ab 23. Oktober wurden benannt: 1.) die „sektiererische und dogmatische Politik“ der Gruppe Rákosi-Gerő, die zur berechtigten Unzufriedenheit in breiten Massen der Werktätigen führte, 2.) die „revisionistische Linie“ der Parteiposition um Imre Nagy und Géza Losonczy, die die Kritik aus der Partei hinaustrug und dadurch die „Einschaltung der Konterrevolution“ ermöglichte und ermutigte, 3.) die „konterrevolutionären Kräfte“ aus Horthy-Faschisten, Kapitalisten und adeligen Gutsbesitzern, sowie 4.) der „internationale Imperialismus“¹¹⁰.

In der Dezember-Ausgabe des Theorieorgans charakterisierte Franz Marek die „ungarische Tragödie“ noch als „tragisches Ineinander und Durcheinander von Massenkampf für die Demokratisierung der Volksrepublik und planmäßigem Missbrauch dieses Kampfes, um alle Errungenschaften der Volksdemokratie zu beseitigen“. Infolge des ständigen Zurückweichens der Regierung Nagy vor den Forderungen der „Konterrevolution“ sei das Eingreifen eine „traurige und bittere Notwendigkeit“ geworden, um die sozialistischen Errungenschaften zu retten¹¹¹. In weiterer Folge wurde die Analyse immer stärker auf die Frage „Revolution oder Konterrevolution?“ vereinfacht. Diese Gewichtung, gegenüber den Fehlern der ungarischen Parteiführung und der Volksbewegung mit berechtigten Forderungen zur Demokratisierung der Verhältnisse die „Konterrevolution“ in den Vordergrund zu rücken, erfolgte laut Johann Kopleinig auch aus taktischen Gründen: Immerhin befinde man sich seit Wochen „völlig in der Defensive“, während die SPÖ und die „reaktionären Kräfte“ mit der Betonung der Fehler in der Offensive seien: Solange auch die KPÖ diese Seite in den Vordergrund stelle, würde sie auch „in der Defensive bleiben und niemals in die Offensive kommen“¹¹². Im Jänner-Plenum 1957 waren noch Stimmen laut geworden, die sich mit der neuen Schwerpunktsetzung nicht abfinden wollten,¹¹³ im unmittelbaren Vorfeld des Parteitags schien die Frage „Volksauf-

¹⁰⁹ Marek, Zu den Ereignissen in Ungarn 867f.

¹¹⁰ Diskussionsgrundlage für die Resolution des XVII. Parteitages der KPOe. Einstimmig beschlossen von der Plenartagung des Zentralkomitees vom 4. bis 6. Jänner, in: ÖVst, 15. Jänner 1957, 5f hier 5; vgl. die gleich lautende ungarische Einschätzung: Die vier Hauptursachen der ungarischen Ereignisse. Die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: ÖVst, 11. Dezember 1956, 4. Vgl. den Beitrag von László Bíró, Die Sowjetunion und die jugoslawisch-ungarischen Beziehungen 1956, in diesem Band.

¹¹¹ Marek, Zu den Ereignissen in Ungarn 866 und 871f.

¹¹² AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 36: Schlusswort von Johann Kopleinig 4.

¹¹³ Ebenda, Beilage 35: Walter Fischer 2; Beilage 22: Ditto Pözl 2.

stand“ und/oder „Konterrevolution“ jedoch endgültig entschieden: Unmissverständlich hielt Kopenig im 15. ZK-Plenum im März fest, anhand des „klaren Standpunkts“, „dass es kein Volksaufstand war, sondern ein konterrevolutionärer Putsch“, zeige sich, ob man auf Seiten der „internationalen Reaktion“ oder der Partei stehe¹¹⁴.

FORTSETZUNG DER PARTEIDISKUSSION

Der Aufstand in Ungarn und seine Niederschlagung versetzten auch der KPÖ einen „schweren Schlag“¹¹⁵. Die österreichischen KommunistInnen sahen sich mit einer antikommunistischen Welle, einer „Pogromhetze der Reaktion“¹¹⁶, konfrontiert, die so weit ging, dass kommunistische Versammlungen gestört, Parteilokale überfallen und in Brand gesetzt und Wandkästen zertrümmert wurden¹¹⁷. Innenpolitisch geriet die KPÖ weiter in die Isolation: Oscar Pollak rief in der „Arbeiter-Zeitung“ dazu auf, keinem Kommunisten die Hand zu geben¹¹⁸, die SPÖ prophezeite in einer Postwurfsendung den völligen Zusammenbruch der KPÖ¹¹⁹. Der gegnerischen Propaganda im Zusammenhang mit den Ungarn-Flüchtlingen wurde im weiteren Verlauf der Ereignisse vor allem mit dem Hinweis begegnet, dass diese nicht aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen hätten, sondern unschuldig zu Opfern einer künstlich erzeugten Angstpsychose geworden seien¹²⁰. Die österreichische Regierung wurde kritisiert, gegen die Neutralität verstoßen und Österreich zu einem „Umschlagplatz für die Einschleusung faschistischer Agenten nach Ungarn“ gemacht zu haben¹²¹.

¹¹⁴ AKG, ZPA, Protokoll des 15. ZK-Plenums der KPÖ, 14./15. März 1957, Beilage 25f: Johann Kopenig 2. Zum Widerspruch Ditto Pölzls: Beilage 29, 2.

¹¹⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 17: Friedl Fürnberg 4.

¹¹⁶ Die Landeskonferenzen der Partei, in: Der Funktionär, Dezember 1956, 185–191 hier 187.

¹¹⁷ Faschisten organisieren Krawalle in Wien. Oktoberfeier trotz Störungsversuchen abgehalten. Ueberfälle, Brandstiftungen und Zerstörung von Lokalen in einigen Bezirken, in: ÖVst, 9. November 1956, 1f; Brandstiftungen und Gewalttaten der Donnerstagnacht – eine organisierte Aktion, in: ÖVst, 10. November 1956, 4.

¹¹⁸ O. P. [Oscar Pollak], Keinem Kommunisten die Hand geben, in: Arbeiter-Zeitung, 7. November 1956, 1f.

¹¹⁹ Vgl. F.M. [Franz Marek], Die Felsenfesten, in: ÖVst, 1. Jänner 1957, 1f hier 1; siehe auch: Ungarn hat ihnen die Augen geöffnet: Die letzten ehrlichen kommunistischen Arbeiter verlassen die KP. Ganze Bezirksorganisationen vor dem Zusammenbruch, in: Arbeiter-Zeitung, 18. November 1956, 20.

¹²⁰ Flüchtlinge und Menschlichkeit, in: ÖVst, 4. Dezember 1956, 1f hier 1.

¹²¹ Kopenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 98.

Robert Dubovsky, Landtagsabgeordneter und ab 1956 Landesobmann von Niederösterreich, bilanzierte die schwere Vertrauenskrise in der KPÖ, deren Mitglieder „eine Erschütterung nach der anderen erlebt“ hätten: „Die Genossen sagen, zehn Jahre haben wir gehofft, dass wir weiterkommen. Herausgestellt hat sich, dass wir zehn Jahre am Fleck stehen geblieben sind. Dann ist die Frage des Staatsvertrages über uns hereingefallen, dazu die Frage der USIA-Betriebe. [...] Dann sind die Fragen des 20. Parteitags gekommen und zwar über Nacht, nicht vorbereitet. Das, was für unsere Genossen in der schwersten Zeit, im KZ, der Halt gewesen ist, das ist zertrümmert worden und hat weitgehend das Vertrauen unserer Genossen erschüttert. Dann sind die Ereignisse in Polen und jetzt in Ungarn gekommen.“ Landesobmann Max Haller wusste von einer Sitzung der Landesleitung der KPÖ Vorarlberg mit den „führenden Genossen aus den einzelnen Bezirken“ zu berichten, die in einer „Stimmung größter Niedergeschlagenheit“ stattgefunden habe. In ihren Reihen herrsche „Bestürzung und Erbitterung“, bei vielen hätten die Ereignisse in Ungarn „einen Zusammenbruch des Glaubens“ zur Folge gehabt. Auch Johann Kopenlig gab im November-Plenum seiner Sorge Ausdruck, dass durch die schwere Niederlage in Ungarn bei „vielen Genossen der Glaube an die kommunistische Bewegung erschüttert werden“ könnte, weshalb die aktuelle Parteidiskussion dazu benützt werden müsse, die Verwirrungen und Unklarheiten zu beseitigen und die „Reihen der Partei zu festigen“¹²². Niemals hätte ein Ereignis die Kommunisten so tief getroffen, „ihr Gewissen so schmerzlich aufgerüttelt wie die ungarische Tragödie“, bilanzierte Ernst Fischer, es sei „das Erschütternde“, dass ein ganzes Volk gegen ein kommunistisches Regime im Bewegung geraten sei¹²³.

In Reaktion auf den 20. Parteitag und die Ungarn-Krise verließen tausende Mitglieder die KPÖ, wobei in der Literatur von bis zu einem Drittel der Parteimitglieder die Rede ist¹²⁴. In Wahrheit dürfte die Zahl der Austritte etwas niedriger anzusetzen sein: So lag z.B. in der Steiermark der Mitgliederverlust Anfang Jänner 1957 bei fünf bis sieben Prozent, in Wien verließen vom Oktober 1956 bis Februar 1957 3.800 der bisher 32.000 Mitglieder die Partei, die am 1. Jänner 1956 – vor der Neuausgabe der Mitgliedsbücher – noch cirka 40.000 gezählt hatte¹²⁵. Die prominentesten

¹²² AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 26: Robert Dubovsky 1; Beilage 37: Max Haller 1; Beilage 1: Referat von Johann Kopenlig 7.

¹²³ Fischer, Wie konnte es geschehen; AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 26: Ernst Fischer 5.

¹²⁴ Spira, Ein gescheiterter Versuch 27f; Meisel, Die Mauer 138.

¹²⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 24: Franz Leitner 1; KPÖ Stadtleitung Wien: Material über Organisationsfragen für die

Parteiaustritte 1956/57 waren Viktor Elser, Nationalratsabgeordneter bis 1956, und Laurenz Genner, Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung bis 1954, die jedoch zu diesem Zeitpunkt in der praktischen Politik der Partei faktisch keine Rolle mehr spielten. Infolge der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands verließen auch zahlreiche Intellektuelle die Partei, z.B. Hans-Eberhard Goldschmidt, Hans Grümm, Genia Lande, Otto Langbein, Mira Lobe, Johann Muschik, Herta Singer-Blaukopf und Ferdinand Wernigg.

Trotz der Massenaustritte deuten zeitgenössische Quellen darauf hin, dass in der Mitgliedschaft der KPÖ überwiegend Erleichterung über das Eingreifen der Sowjetarmee in Ungarn herrschte. Dies wird auch in der Forschungs- und Memoirenliteratur bestätigt¹²⁶. „Der Funktionär“ hob in Einschätzung der niederösterreichischen Landeskonferenz hervor, dass trotz kritischer Stellungnahmen „zu den ernststen Fehlern“ der ungarischen Bruderpartei die Delegierten „einmütig die Notwendigkeit des Eingreifens der Roten Armee zur Niederschlagung der Konterrevolution“ anerkannten¹²⁷. Johann Koplénig sprach Ende November in einem Brief an die Parteimitglieder davon, dass die österreichischen Kommunisten die „verhängnisvolle Entwicklung“ zwar bedauert, aber gleichzeitig aufgetatmet hätten, als sie die Gewissheit bekamen, dass die Errichtung eines konterrevolutionären Regimes verhindert werden konnte¹²⁸.

Die Diskussion über die Ursachen der ungarischen Krise führte auch zu einem Neuaufleben der Auseinandersetzungen über den 20. Parteitag der KPdSU. Max Stern gab im November-Plenum zu bedenken, dass die Konzentration auf die wirtschaftlichen Kämpfe in Österreich angesichts der internationalen Ereignisse nicht weiter haltbar sei: „Unsere Funktionäre, unsere Aktivisten und Mitglieder sind täglich gezwungen, zu den Fragen Stellung zu nehmen, ob sie wollen oder nicht“, man könne sich in der politischen Aufklärungsarbeit nicht aussuchen, welche Fragen im Vordergrund zu stehen hätten¹²⁹. Die vom 20. Parteitag aufgeworfenen Probleme, welche die Parteiführung in den Sommermonaten in den Hintergrund zu drängen versucht hatte, brachen nun neuerlich auf und erschienen aufgrund der

Arbeitstagung der Bezirksobmänner, Bezirkssekretäre und Agitpropreferenten, 26. September 1957, 1.

¹²⁶ Spira, Ein gescheiterter Versuch 26; Meisel, Die Mauer 135.

¹²⁷ Die Landeskonferenzen der Partei, in: Der Funktionär, Dezember 1956, 185–191 hier 186.

¹²⁸ AKG, ZPA, Protokoll der 62. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 22. November 1956, 1, sowie Beilage: Brief an die Parteimitglieder, 1f.

¹²⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, Beilage 8: Max Stern 2.

Aufstände in Ungarn und Polen „in einem neuen schärferen Licht“¹³⁰. Mit größerer Heftigkeit als in den Monaten Mai bis Juli wurde nun Kritik an den Verbrechen der Stalin-Zeit und den Beziehungen der KPdSU zu den kommunistischen Parteien formuliert, und auch jene an der KPÖ-Führung wurde – vor allem unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse und der dort geübten Kritik an den Fehlern der Gruppe Rákosi-Geró – forscher. Forderungen nach personellen Veränderungen waren nun lauter zu vernehmen. Zunächst stellte Ditto Pölzl im Rahmen der Bezirkskonferenz der KPÖ Graz Ende Oktober die Frage nach der Mitverantwortung der österreichischen Parteiführung neu: Es gebe viele Genossen, die „furchtbar schwer Abschied von der Vergangenheit [nehmen]“, so Pölzl, diese hätten „in der Vergangenheit kommandiert“ und „waren zum Teil auch bereit, jede freie Meinungsäußerung, jede Kritik an der Partei zu unterdrücken“ und den „Stalinkurs auch in Österreich weitgehend in der Partei durchzusetzen“. Es habe eine lange Periode in der KPÖ gegeben, „wo man sofort als Feind der Arbeiterklasse erklärt wurde, wenn man offen sprach“, analysierte Pölzl das Diskussionsklima in der KPÖ in weitaus schärferen Worten als dies noch im Sommer der Fall war¹³¹. Der Grazer Gemeinderat Franz Kramer verlangte unter dem Eindruck der Vorgänge in Ungarn die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, offenbar zur Wahl einer neuen Parteiführung¹³².

Zwar konstatierten auch Kopenig und Fürnberg eine „tiefe Erschütterung des Vertrauens [...] zur Führung“¹³³, insgesamt versuchte die Parteiführung jedoch, zu beruhigen und mit Hinweis auf eine drohende weitere Destabilisierung Forderungen nach personellen Konsequenzen abzuwehren bzw. auf den bevorstehenden Parteitag zu verschieben: Kopenig warnte davor, „einfach mechanische Schlussfolgerungen“ aus den Vorgängen in den Bruderparteien Ungarns und Polens zu ziehen, und betonte in seinem Schlusswort, dass eine der wichtigsten Lehren aus den ungarischen Ereignissen und dem dortigen „Zerfall der Parteiführung“ sei, dass die Kritik an den Fehlern nicht zur Selbsterfleischung führen dürfe¹³⁴. Im Jänner 1957

¹³⁰ Vom Standpunkt der Arbeiterklasse (Aus der Diskussionsrede des Genossen Kopenig auf der Wiener Landeskonferenz der KPÖe), in: ÖVst, 27. November 1956, 1f hier 1.

¹³¹ AKG, ZPA, Bezirkskonferenz der KPÖ Graz, 28. Oktober 1956, Diskussionsbeiträge 3f. Pölzl wiederholte diesen Diskussionsbeitrag im ZK. AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 2: Ditto Pölzl.

¹³² AKG, ZPA, Bezirkskonferenz der KPÖ Graz, 28. Oktober 1956, Diskussionsbeiträge 1.

¹³³ AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 34: Friedl Fürnberg, 3; Beilage 1: Johann Kopenig 8.

¹³⁴ Ebenda, Beilage 39: Schlusswort von Johann Kopenig 3.

intensivierten sich Stimmen, vor allem in der Landesorganisation Steiermark, die eine Ablöse des gesamten Politischen Büros forderten, wobei die „Moskauhörigkeit“ einzelner Mitglieder der Parteiführung im Mittelpunkt der Kritik stand¹³⁵. Das Politbüro versuchte, solchen Stimmungen mit dem Hinweis auf die am Parteitag beabsichtigte „Auffrischung des Polbüros und des Zentralkomitees“ zu begegnen, wobei damit keine Umbildung der engeren Parteiführung bezweckt war, sondern die Erweiterung der führenden Gremien der Partei um Funktionäre aus dem Gewerkschaftsbereich, um die Leitung „mehr mit der Arbeiterschaft zu verbinden“¹³⁶. Eine Folge des Bekanntwerdens der Verfehlungen von Mitgliedern der ungarischen Parteiführung war auch, dass – vor allem in Wien – „peinliche Einzelheiten über den Lebensstil und die Arbeitsmethoden“¹³⁷ von führenden Genossen der KPÖ bekannt wurden. Im Mittelpunkt dieser Kritik stand Erwin Zuckerschilling, der in Reaktion auf „eine Reihe von Kritiken“ und aufgrund „ernster Schwächen“ – überdies waren „schmutzige Geschichten kolportiert“ worden – bei der Konstituierung des neuen Zentralkomitees im April 1957 von Erwin Scharf als Chefredakteur der „Volksstimme“ abgelöst wurde und aus dem Politbüro ausscheiden musste, ebenso wie Heinrich Fritz, der als Leiter der Kaderabteilung ins Schussfeld der Kritik geraten war, jedoch als ZK-Sekretär bestätigt wurde¹³⁸.

Mit dem neuerlichen Aufbrechen der Fragen des 20. Parteitags wurden auch die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Diskussionsverlauf bzw. die weiterhin bestehenden Unklarheiten und Informationsdefizite deutlich, die in der KPÖ – bis ins ZK hinauf – vor allem im Zusammenhang mit der „Geheimrede“ Chruščëvs vorherrschten: August Moser kritisierte, dass man über die Diskussion zum 20. Parteitag zu sehr hinweggegangen sei. Die KPÖ sei zwar eine kleine Partei, aber es gehe nicht an, „dass wir nicht genügend über diese Vorgänge informiert werden“. Peter Kammerstätter, Landessekretär der KP Oberösterreichs, beklagte, dass im Zentralkomitee Fragen nicht immer bis zu Ende geklärt würden: „Gen. Fürnberg hat uns über den XX. Parteitag einen Bericht gegeben, er hat uns aber nicht gesagt, ob das alles stimmt, was Gen. Chruščëv gesagt hat oder nicht. Bis heute ist die Frage nicht geklärt.“¹³⁹

¹³⁵ Vgl. AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 15: Heribert Hütter 2; Beilage 24: Franz Leitner 1f.

¹³⁶ Ebenda, Beilage 59: Franz Marek 11.

¹³⁷ Spira, Ein gescheiterter Versuch 29.

¹³⁸ AKG, ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ, 31. März bzw. 6. April 1957, 2, sowie Beilage 1: Referat von Johann Koplenig 1f.

¹³⁹ AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, Beilage c: August Moser 2; Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 25: Peter Kammerstätter 2.

Unbefriedigend muss aus der Sicht dieser ZK-Mitglieder auch die Aussprache von Mitgliedern der KPÖ-Führung – Friedl Fűrberg, Franz Honner und Heinrich Fritz – mit den Sekretären des ZK der KPdSU Michail Suslov und Pětr Pospelov verlaufen sein, die nach der Rückreise der österreichischen Delegation vom Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 11. Oktober 1956 in Moskau stattfand¹⁴⁰. In seinem Bericht vor dem Zentralkomitee führte Fűrberg aus, dass es keine Diskussion „über Personenkult und über die Angelegenheit, wie die Beschlüsse des 20. Parteitag[s] an die Öffentlichkeit gekommen sind und aufgerollt wurden“, gegeben habe, weil bereits in China von einer Delegation der KPdSU klargestellt worden sei, dass die ZK-Resolution der KPdSU vom 30. Juni zu einem früheren Zeitpunkt notwendig gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund habe sich die Debatte erübrigt¹⁴¹.

Es war auch August Moser, der zu diesem Zeitpunkt eines der sensibelen und bis 1956 tabuisierten Kapitel in der Geschichte der KPÖ ansprach: das Schicksal der österreichischen Opfer des Stalin-Terrors. Unter dem Eindruck der Rehabilitierungen in der Sowjetunion formulierte er im Oktober-Plenum den Antrag, das Politbüro möge mit den sowjetischen Stellen in Verbindung treten, um über das Schicksal der österreichischen Schutzbündler Auskunft zu erhalten¹⁴². Kopenig und Fűrberg kamen darauf zum einzigen Mal im Laufe der Plenartagungen der Jahre 1956/57 auf ihre eigene Rolle in der Zeit des sowjetischen Exils – „in der schwersten Zeit in Moskau“ – zu sprechen und berichteten von Interventionen bei Georgi Dimitrov, die in den seltensten Fällen erfolgreich waren, und von bereits vor dem 20. Parteitag angelaufenen – nichtöffentlichen – Initiativen zur Rehabilitierung¹⁴³. Nach einer „eingehenden“, jedoch nicht protokollierten Diskussion wurde beschlossen, dass „alle Genossen, insbesondere Schutzbündler, die in Österreich Angehörige haben“, aufgefordert werden sollten, die ihnen bekannten Tatsachen über verhaftete Genossen dem Sekretariat der Partei bekanntzugeben, „sodass man die entsprechenden Feststellungen in Moskau machen“ könne¹⁴⁴. Diese erste Phase offizieller Rehabilitierungen vor und nach dem 20. Parteitag wurde „als interner Vorgang betrachtet und

¹⁴⁰ Vgl. Delegation der KPOe beim ZK der KPdSU, in: ÖVst, 12. Oktober 1956, 1.

¹⁴¹ AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, Beilage 35: Bericht von Friedl Fűrberg 1f.

¹⁴² Ebenda, Beilage c: August Moser 3.

¹⁴³ Ebenda, 22.–24. Oktober 1956, Beilage 18: Schlusswort von Johann Kopenig, 10. Teil, 2, 11. Teil, 1; Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 34: Friedl Fűrberg 5.

¹⁴⁴ AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, 2.

weitere Information, Diskussion und Publizität seitens der Partei für nicht zweckmäßig gehalten“¹⁴⁵.

GLEICHBERECHTIGUNG UND NATIONALE WEGE

Als wichtigste Information der Moskauer Besprechung im Oktober 1956 wurde jene über die Normalisierung des Verhältnisses der Sowjetunion zu Jugoslawien eingeschätzt: Die österreichische Delegation war überrascht, dass sich die Situation nunmehr „so geändert hat, dass in allen ausschlaggebenden politischen Fragen eine völlige Übereinstimmung erzielt wurde und faktisch zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten in Jugoslawien in keiner wichtigen theoretischen oder prinzipiellen Frage Meinungsverschiedenheiten bestehen“¹⁴⁶. Der 1948 bis 1954 andauernde Propagandakrieg des Kominform gegen Jugoslawien war für die KPÖ insbesondere aufgrund der slowenischen Minderheit in Kärnten brisant gewesen. Auch in diesem Punkt musste eingestanden werden, dass der Bruch mit Jugoslawien, dieser „schwerste Fall der Schädigung der internationalen Arbeiterbewegung“¹⁴⁷, blind mitvollzogen worden, es jedoch unmöglich gewesen sei, gegen den Standpunkt der Sowjetunion und des Informationsbüros aufzutreten, da dies zu einer Isolation von der kommunistischen Weltbewegung und einer schweren Krise, ja Spaltung der Partei geführt hätte¹⁴⁸. In Reaktion auf die veränderte sowjetische Haltung wurden nun auch seitens der KPÖ Versuche gestartet, wieder freundschaftliche Beziehungen zum Bund der Kommunisten in Jugoslawien herzustellen. Dieser Wunsch wurde in der ZK-Resolution vom Juli 1956 auch öffentlich formuliert. Am 17. Parteitag im März 1957 konnte Johann Kopenig nur allgemein von einigen dahingehenden „praktische[n] Schritte[n]“ berichten¹⁴⁹, war doch aufgrund von jugoslawischen Terminproblemen eine inoffizielle Kontaktaufnahme zweier Mitglieder des Politbüros im Dezember 1956 nicht zustande gekommen¹⁵⁰. Erst am 19. September 1957 reisten schließlich

¹⁴⁵ Franz Muhri, Die Rehabilitierung österreichischer Opfer des Stalinismus, in: Walter Baier, Franz Muhri, Stalin und wir. Stalinismus und die Rehabilitierung österreichischer Opfer, hg. vom Bundesvorstand der KPÖ (Wien 2001) 33–52 hier 39.

¹⁴⁶ AKG, ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, Beilage 35: Bericht von Friedl Fűrberg 3.

¹⁴⁷ AKG, ZPA, Protokoll des 10. ZK-Plenums der KPÖ, 26./27. März 1956, Beilage 21: Referat von Friedl Fűrberg 63.

¹⁴⁸ Ebenda, Beilage 30: Johann Kopenig 5f; Marek, Gedanken zum 20. Parteitag 482.

¹⁴⁹ Kopenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 128.

¹⁵⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 62: Referat von Friedrich Hexmann, 19.

Franz Honner und Friedrich Hexmann zu einer mehrtägigen Aussprache mit führenden Genossen nach Jugoslawien¹⁵¹.

Vor dem Hintergrund, dass die KPdSU von sich aus ihre Beziehungen zu den kommunistischen Parteien einer Kritik unterwarf, flammte auch die Diskussion über das Verhältnis der KPÖ zur sowjetischen Partei und der Bruderparteien untereinander neu auf: Es wurde nunmehr offen ausgesprochen, dass bisher keine Gleichberechtigung, sondern Bevormundungen und „ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis“ bestanden hätten¹⁵². Anknüpfend an die selbstkritische Erklärung der sowjetischen Regierung über die Beziehung zu den volksdemokratischen Ländern vom 30. Oktober 1956 und unter dem Eindruck der Ungarn-Krise nahm die Kritik an der Verletzung der „Prinzipien der Gleichberechtigung“¹⁵³ im November-Plenum breiten Raum ein. In den Folgemonaten trat auch in diesem Punkt eine Verschärfung ein: Pölzl kritisierte im März 1957, dass es sich zu Lebzeiten Stalins nicht nur „um eine gewisse Bevormundung“ der volksdemokratischen Länder, sondern „praktisch um ein Diktat gehandelt“ habe¹⁵⁴. Kopenig musste sich bereits in seinem Schlusswort im Jänner-Plenum mit Auffassungen auseinandersetzen, wonach Moskau den kommunistischen Parteien diktiere und man sich von der KPdSU distanzieren solle. Der Parteivorsitzende gestand zwar ein, dass das Verhältnis der KPdSU zu den Bruderparteien in der Tat nicht auf der vollen Gleichberechtigung basiere und manchmal schwerwiegende Einmischungen vorgekommen seien. Infolge der Beschlüsse des 20. Parteitags trete hier jedoch eine Veränderung ein. Zugleich betonte Kopenig, dass es ein „Ruhmesblatt in der Geschichte“ der KPÖ sei, stets an der Seite der Sowjetunion gestanden zu haben, und man mit der Distanzierung von ihr aufhören würde, eine kommunistische Partei zu sein¹⁵⁵. Insgesamt wurde ab Jahresbeginn 1957 – im Einklang mit der „Stabilisierung“ in Ungarn – demonstrativ die Verbundenheit mit der Sowjetunion und den Bruderparteien betont, vor allem mit Hinweis auf die „konzentrische Attacke gegen die kommunistische Bewegung“, die von den

¹⁵¹ AKG, ZPA, Protokoll der 27. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 6. September 1957, 3; Protokoll der 30. Sitzung des Politbüros des ZK der KPÖ, 26. September 1957, 1; Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Kommunisten Oesterreichs und Jugoslawiens, in: Vst, 27. September 1957, 1.

¹⁵² Z.B. der Wiener Landesobmann Josef Lauscher Ende Oktober in Graz. AKG, ZPA, Bezirkskonferenz der KPÖ Graz, 28. Oktober 1956, Diskussionsbeitrag von Josef Lauscher, 8.

¹⁵³ AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig 3.

¹⁵⁴ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 18e: Ditto Pölzl 1.

¹⁵⁵ Ebenda, Beilage 36: Schlusswort von Johann Kopenig 7–9.

Feinden der Arbeiterbewegung in Zusammenhang mit der Frage des Personenkults und den Ereignissen in Ungarn organisiert worden sei, um „die Einheit des sozialistischen Lagers zu zerschlagen“¹⁵⁶. In Einschätzung des Parteitags wurde hervorgehoben, dass die Stellung zur Sowjetunion ein „Prüfstein für den proletarischen Internationalismus“ bleibe¹⁵⁷.

In der Parteidiskussion wurde immer wieder auch der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien laut, bis hin zu einer neuen „Internationale“¹⁵⁸, nachdem das Informationsbüro der kommunistischen Parteien im Anschluss an den 20. Parteitag aufgelöst worden war. Diese Forderung dürfte – offenbar auch unter dem Eindruck der Art und Weise, wie der interne Bericht Chruščëvs bekannt geworden war – eine derart große Rolle gespielt haben, dass Mitte 1956 das ZK der KPÖ in einem Brief an die KPdSU die Frage nach Möglichkeiten der gegenseitigen Information aufrollte, wobei „von vornherein nicht von irgendeiner internationalen Zentrale und dgl. gesprochen“ wurde. Bei der Aussprache in Moskau im Oktober 1956 wurde der KPÖ-Delegation offen geantwortet, dass es in dieser Frage nicht nur Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Parteien, sondern auch im Präsidium der KPdSU gebe¹⁵⁹. Hinsichtlich der Beziehungen der kommunistischen Parteien seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweiseitige Besprechungen, regionale und internationale Konferenzen „die geeignetste Form, um die Einheit der kommunistischen Parteien zu festigen“, wurde in einer Resolution des 17. Parteitags eingeschätzt¹⁶⁰. Analog zur Neustrukturierung der Beziehungen der kommunistischen Parteien wurde auch verstärkt die Notwendigkeit nationaler Wege zum Sozialismus hervorgehoben: Während sich in der Zeit des Kominform „in der Abwehr nationalistischer Abweichungen eine Praxis der ungenügenden Beachtung der nationalen Besonderheiten beim Aufbau des Sozialismus“ etabliert und die „mechanische Uebernahme von Formen, die in der Entwicklung der Sowjetunion unter besonderen Verhältnissen entstanden, [...] manchen Ländern der Volksdemokratie schweren Schaden zugefügt“ habe, wurde nunmehr gleichermaßen auf die vielfältigen natio-

¹⁵⁶ Franz West, Komintern – Kominform – und heute?, in: WuZ, März 1957, 258–267 hier 263f.

¹⁵⁷ Der 17. Parteitag der KPÖ, in: WuZ, Mai 1957, 433–436 hier 434.

¹⁵⁸ Vgl. West, Komintern 258 und 264; Kopenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 128.

¹⁵⁹ ZPA, Protokoll des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 22.–24. Oktober 1956, Beilage 35: Bericht von Friedl Fürnberg 5f. Der Brief selbst ist im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ nicht auffindbar.

¹⁶⁰ Resolution über die Beziehungen der kommunistischen Parteien zueinander, in: Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 342–344 hier 344.

nenalen Besonderheiten und Traditionen, wie auch auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten – z.B. die politische Macht der Arbeiterklasse – hingewiesen¹⁶¹.

„REVISIONISMUS“ UND „DOGMATISMUS“

In den Monaten Jänner bis März 1957 kam es im Zentralkomitee zu einer fortschreitenden Polarisierung, die jedoch nicht zu einer Aufspaltung in verschiedene Gruppierungen oder gar zur Ausbildung eines organisierten „Reformflügels“ führte, sondern sich vor allem in Stellungnahmen einzelner ZK-Mitglieder äußerte, die sowohl dem Inhalt als auch dem Ton nach über die bisherige Kritik hinausgingen und sich mit entsprechender Gegenwehr konfrontiert sahen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang allen voran die Funktionäre der KPÖ Steiermark Willy Scholz – zunächst Chefredakteur der steiermärkischen KP-Zeitung „Wahrheit“, zuletzt Leiter der Abteilung für Agitation beim ZK der KPÖ und Sprecher der Partei bei der „Russischen Stunde“ von Radio Wien – und Ditto Pölzl, die in Graz offenbar über einige Rückendeckung verfügten. Im Mittelpunkt ihrer Kritik standen das Abhängigkeitsverhältnis der KPÖ zur KPdSU und der mangelnde österreichische Charakter ihrer Politik. Ditto Pölzl, Landtagsabgeordneter bis 1956, übte auch im unmittelbaren Vorfeld des 17. Parteitags die weitestgehende Kritik: Er verurteilte die Formulierung im Entwurf der Parteitagsresolution, wonach es in der Sowjetunion „Fehler und Irrtümer“ gegeben habe, als ungenügend, da es sich in Wahrheit „um Verbrechen in ungeheurem Ausmaß“ handle, wofür auch der sowjetische Einfluss beim Rajk-Prozess in Ungarn einen Hinweis liefere¹⁶².

Wurde zu Beginn in sämtlichen Stellungnahmen die notwendige Offenheit der Diskussion betont, rückte nun zunehmend die Frage in den Vordergrund, wie mit einzelnen „partei-feindlichen“ Äußerungen umzugehen sei. Im Zusammenhang mit der Ungarn-Krise kam es letztlich zu einer weitgehenden Akzentverschiebung: Man sah sich nun – auch infolge der Schockwirkung des 20. Parteitags – mit einer „Flutwelle revisionistischer Auffassungen“ konfrontiert, weshalb die Diskussion in eine „Zweifrontenstellung“ zwischen „Dogmatismus“ und „Revisionismus“ geraten sei, wie Franz Marek am 17. Parteitag resümierte¹⁶³. Nach der Phase weitgehender Offenheit zwischen Mai und Oktober wurde das Schwergewicht nun wieder – auch vor dem Hintergrund äußeren Drucks – in Richtung Verteidigung

¹⁶¹ West, Komintern 263; Resolution über die Beziehungen der kommunistischen Parteien zueinander 343; Zur Diskussion, in: WuZ, Jänner 1957, 1–4 hier 2.

¹⁶² AKG, ZPA, Protokoll des 15. ZK-Plenums der KPÖ, 14./15. März 1957, Beilage 29: Ditto Pölzl 3.

¹⁶³ Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 231–235 hier 231.

der „Einheit der Partei“ und der Grundsätze des „Marxismus-Leninismus“ verlagert: So wurde die Diskussion im Vorfeld des 17. Parteitags mit dem Hinweis eingeleitet, dass in allen Parteiorganisationen „in letzter Zeit besonders stark die Notwendigkeit der Einheit der Partei unterstrichen“ worden sei, was sowohl mit den „wütenden Angriffen unserer Gegner“ als auch mit Schwankungen, die „da und dort“ in der Partei vorkämen, zu tun habe¹⁶⁴. Franz Honner eröffnete den Parteitag mit der Aufforderung, ihn zu einer „weithin sichtbaren Manifestation der Einheit und Geschlossenheit der gesamten Partei zu gestalten, um der nicht geringen Schwierigkeiten und Aufgaben, vor denen wir stehen, Herr zu werden und unserer Partei den Weg für einen neuen Vormarsch zu ebnen“¹⁶⁵.

Signifikanter Ausdruck der Polarisierungen ist auch die Tatsache, dass die verschiedenen Meinungsäußerungen nunmehr weniger dem Inhalt nach beurteilt wurden, sondern ihnen vorwiegend etikettierend begegnet wurde: Während die Kritik an der engeren Parteiführung und einzelnen Funktionären mit dem Schlagwort „weg mit den Stalinisten“ einherging¹⁶⁶, wurde Kritikern „Antisowjetismus“, „Opportunismus“ und „Revisionismus“ vorgeworfen. Mehrere Diskussionsredner hielten im ZK-Plenum Anfang November fest, dass die Abstempelung einzelner Genossen als „Stalinisten“ oder „Antistalinisten“ beendet werden müsse. Vereinzelt wurden zwar auch Stimmen laut, die Offenheit der Diskussion zu bewahren und kritische Meinungsäußerungen nicht zu stigmatisieren¹⁶⁷, insgesamt verstärkte sich jedoch mit fortschreitender Polarisierung die Abwehrhaltung, in der offenen Diskussion tendenziell eine Gefahr für die Einheit der Partei zu sehen: Wurde zur Jahresmitte 1956 nur von vereinzelt fehlerhaften Auffassungen gesprochen, beklagte Fürnberg Anfang Jänner 1957 die „zersetzende Kritik“, die in Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Jenö Kostmann, stellvertretender Chefredakteur der „Volksstimme“, kritisierte „Exzesse, [...] wo der 20. Parteitag benützt wird, um [...] parteifeindliche und antisowjetische Standpunkte zu vertreten“¹⁶⁸. Warnungen wie jene Walter Fischers, des Leiters der Agrarabteilung des Zentralkomitees und ab Dezember 1956 Landesobmanns der KPÖ Steiermark¹⁶⁹, dass mit den Begrif-

¹⁶⁴ Vor der Diskussion zum XVII. Parteitag, in: Der Funktionär, Dezember 1956, 182f.

¹⁶⁵ Eröffnungsansprache des Genossen Franz Honner, in: Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 10–14 hier 10.

¹⁶⁶ Vgl. AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 17: Franz Marek 1.

¹⁶⁷ Z.B. Ebenda, Beilage 22: Otto Fischer 1.

¹⁶⁸ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 17: Friedl Fürnberg 6; Protokoll des 15. ZK-Plenums der KPÖ, 14./15. März 1957, Beilage 37: Jenö Kostmann 5.

¹⁶⁹ Vgl. Walter Fischer, Kurze Geschichten aus einem langen Leben (Mannheim 1986) 176 und 185.

fen „Einheit und Vertrauen“ ein Missbrauch betrieben und jede Kritik als eine die Einheit gefährdende „Zersetzung“ abgetan werde, blieben vereinzelt¹⁷⁰.

Weiter an Bedeutung gewann nunmehr das Argument, endlich die „lähmende“ Fehlerdiskussion zu beenden und die großen Erfolge beim sozialistischen Aufbau zu beachten: Wer in der aktuellen schwierigen Situation „immer lediglich Fehler“ sehe und „nur gehässige Kritik“ übe, der könne es mit der Partei nicht ehrlich meinen¹⁷¹. Der Unmut über die laufende Diskussion trat auch in zahlreichen Intellektuellen-feindlichen Äußerungen zu Tage, die in Herstellung einer Parallele zu den ungarischen Ereignissen das Gespenst des „Petöfi-Klubs“ heraufbeschworen¹⁷². In großen Teilen der Partei verhärtete sich die Ansicht, dass gerade der 20. Parteitag bzw. die Form der Enthüllungen an den Schwierigkeiten schuld seien¹⁷³. Zweck dieser Argumentation war vor allem, sowohl den Diskussionsrahmen als auch das Fragenspektrum zu verengen. Im Leitartikel der Jänner-Ausgabe von „Weg und Ziel“ wurde eingeschätzt, dass die ungarischen Vorgänge die Diskussionen, die der 20. Parteitag ausgelöst hatte, letztlich auf zwei „entscheidende Probleme“ konzentriert hätten: das Verhältnis der kommunistischen Parteien zur KPdSU sowie die nationalen Besonderheiten des Weges zum Sozialismus und die Bedeutung der sowjetischen Erfahrungen¹⁷⁴. Probleme des „Personenkults“ wurden in diesem Fragenkatalog nicht mehr erwähnt. In der Parteitagsdiskussion, die sich von 30. Jänner bis 23. März in den Spalten des Zentralorgans entwickelte und an der sich 141 GenossInnen beteiligten¹⁷⁵, spiegelten sich jene Probleme, die die österreichischen KommunistInnen in den Vormonaten aufgewühlt hatten, kaum wider.

Im „Zweifrontenkrieg“ gegen „Dogmatismus“ und „Revisionismus“ verlagerte sich das Schwergewicht der Auseinandersetzung deutlich auf letzteren: In seinem Referat am 17. Parteitag kritisierte Koplénig die „revisionistischen Gedankengänge und Auffassungen“, die in der Diskussion

¹⁷⁰ AKG, ZPA, Protokoll des 14. ZK-Plenums der KPÖ, 4.–6. Jänner 1957, Beilage 35: Walter Fischer 1.

¹⁷¹ Sepp Wodrazka, Über Parteidemokratie, in: Der Funktionär, Dezember 1956, 184.

¹⁷² Vgl. u.a. das Statement eines Personalvertreters bei den Wiener Straßenbahnen am 17. Parteitag. Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 216–218 hier 216f. Zur Kritik am Petöfi-Kreis vgl. Der „Petöfikreis“, in: WuZ, Juni 1957, 614–616.

¹⁷³ Vgl. u.a. AKG, ZPA, Protokoll der Fortsetzung des 13. ZK-Plenums der KPÖ, 2./3. November 1956, Beilage 16: Willy Scholz 1; AKG, ZPA, Egon Kodicek, Bericht über einige Versammlungen zu den Ereignissen in Ungarn, 20. November 1956, 1.

¹⁷⁴ Zur Diskussion, in: WuZ, Jänner 1957, 1–4 hier 1.

¹⁷⁵ Erwin Scharf, Die Diskussion zum XVII. Parteitag der KPÖ, in: Vst, 24. März 1957, 2.

über die Ereignisse in Ungarn und Polen zum Ausdruck gekommen und mit Versuchen einhergegangen seien, „durch eine destruktive Diskussion und Tätigkeit das Vertrauen zur Partei zu untergraben“¹⁷⁶. Problemen des 20. Parteitags der KPdSU widmete der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees nur bescheidenen Raum. In seinem Schlusswort wies Koplenig zwar auch auf die Gefahr des „Dogmatismus“ hin, der die Ergebnisse des 20. Parteitags ignoriere, charakterisierte jedoch „im Hinblick auf die konkrete Lage in unserer Partei, im Hinblick auf die konzentrischen Angriffe der Feinde auf die Grundprinzipien der kommunistischen Bewegung“ den „Revisionismus“ als gefährlicher¹⁷⁷. Zugleich wurde der Parteitag vom Parteivorsitzenden als Schlusspunkt der monatelangen Diskussion bezeichnet¹⁷⁸, womit er letztlich die Stimmung eines ÖBB-Personalvertreters aus Linz zum Ausdruck brachte, wonach es nicht angehe, dass einige Intellektuelle in der KPÖ die Diskussion über den 20. Parteitag und die Ungarn-Ereignisse endlos fortsetzten, und nicht jene von Georg Schwarz, Bezirkssekretär von Baden, der darauf hinwies, dass die Inaktivität in der KPÖ „nicht wegen der Diskussion, sondern wegen der Verwirrung entstanden“ sei, weshalb – in Verbindung mit der praktischen Arbeit – zuerst manches zu klären sei, „um wieder zu einer Aktivität zu kommen“¹⁷⁹.

Personalisiert wurden die als revisionistisch gekennzeichneten Auffassungen vor allem in den beiden ZK-Mitgliedern Pölzl und Scholz, die zum Zeitpunkt des 17. Parteitags demonstrativ aus der KPÖ austraten, wobei sie in Begründung ihres Schritts neben der Einschätzung des ungarischen Aufstandes auch die Tatsache anführten, dass den Funktionären und Mitgliedern der KPÖ der Inhalt der Rede Chruščëvs vorenthalten werde¹⁸⁰. Dem Wiener Landesobmann Josef Lauscher kam am Parteitag die Aufgabe zu, die Auffassungen von Scholz und Pölzl als „grundfalsch“, „schädlich“ und „liquidatorisch“ und ihren Austritt als „partei-feindliche Aktion“ zu charakterisieren¹⁸¹. Die Feststellung, ihr für den Parteitag organisierter Austritt habe zur Folge, „dass sich die Delegierten des Parteitages und die Mitglieder der Partei enger um die Partei und ihre Politik zusammenschlossen“¹⁸², verweist auf die politische Funktion dieser Personalisierung und

¹⁷⁶ Koplenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 133.

¹⁷⁷ Schlusswort des Genossen Johann Koplenig, in: Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 315–319 hier 318.

¹⁷⁸ Koplenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 137.

¹⁷⁹ Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 225–227 hier 227; 242–244 hier 243.

¹⁸⁰ Vgl. Spira, Ein gescheiterter Versuch 31f.

¹⁸¹ Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs 270–272 hier 271f.

¹⁸² Der 17. Parteitag der KPÖ, in: WuZ, Mai 1957, 433–436 hier 433.

Feindbildkonstruktion, die auch Franz Honner bei der Konstituierung des Zentralkomitees einräumte: Nach dem demonstrativen Austritt von Scholz und Pölzl sei „die Kritik, die offensichtlich an der Partei und Parteiführung beabsichtigt war, zurückgestellt worden, im Interesse der Demonstration der Einheit und Geschlossenheit unserer Partei nach innen und außen“¹⁸³. Forderungen nach personellen Änderungen konnten so erfolgreich abgewehrt werden.

„NORMALISIERUNG“ UND „STABILISIERUNG“

Im Zuge dieser „Normalisierung“ wurde die Diskussion über den 20. Parteitag und den „Personenkult“ abgebrochen und als Debatte über die „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus“ weitergeführt¹⁸⁴. Einen Eindruck, wie nach dem 17. Parteitag mit der in den Vormonaten geäußerten Kritik umgegangen wurde, vermittelt die Konstituierung des Zentralkomitees, die aufgrund von Differenzen um eine Woche vertagt werden musste¹⁸⁵. In der Sitzung am 6. April 1957 musste das Politische Büro seinen bereits Monate zuvor allgemein angekündigten Vorschlag zurücknehmen, das Leitungsgremium um Gewerkschaftsfunktionäre zu erweitern, da zwei der vier nominierten Genossen – Otto Horn und August Moser – in den Sitzungen des Zentralkomitees der Vormonate „schwankend aufgetreten“ seien. Einzelne Stimmen warfen beiden eine gewisse Nähe zu Scholz und Pölzl vor, Moser wurde angelastet, vom Politbüro Auskunft über das Schicksal der Schutzbündler in der Sowjetunion verlangt zu haben. Mit einer „solchen inneren Einstellung“ sei man jedoch im Politbüro fehl am Platz, da man diese Wunde – auch aufgrund der feindlichen Propaganda – endlich vernarben lassen müsse. Gefordert wurde vielmehr ein „politisch festes, ideologisch einheitliches“ Politbüro, während die geplante Erweiterung „den Sinn unseres Parteitages ins Gegenteil umkehren“ würde. Diese Kritik gipfelte im Argument, dass es im Politbüro ohnehin bereits mit Ernst Fischer Schwierigkeiten gebe und dieser durch weitere schwankende Genossen bestärkt werden würde. Die Feststellung Fischers, dass angesichts der Kritik an Moser und Horn die „notwendige Atmosphäre der freien Diskussion“, in der alle Genossen ohne Scheu „sagen, was sie denken“, erneut gefährdet

¹⁸³ AKG, ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ, 31. März bzw. 6. April 1957, Beilage 39: Franz Honner 2.

¹⁸⁴ Kommunistische Partei Österreichs (Hg.), *Der Weg Österreichs zum Sozialismus. Programmatische Leitsätze* (Wien 1958).

¹⁸⁵ AKG, ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ, 31. März bzw. 6. April 1957, 1.

sei, gibt einen Hinweis auf das Diskussionsklima im KPÖ-Leitungsgremium nach dem 17. Parteitag¹⁸⁶.

Analog zur „Normalisierung“ des Parteilebens wurde die „Stabilisierung“ der ungarischen Verhältnisse kommentiert¹⁸⁷. Im März wurde ein Artikel von József Révai nachgedruckt, in dem die Gruppe um Imre Nagy als direkte „Urheber und politische Leiter der Konterrevolution“ ausgewiesen wurde¹⁸⁸. Nagy habe die Volksdemokratie nicht erhalten, sondern zerstören wollen, resümierte Eva Priester, die als Sonderberichterstatteerin der „Volksstimme“ mehr als sechs Wochen in Ungarn verbracht hatte¹⁸⁹. Demgemäß wurde im Juni 1958 auch die Hinrichtung Imre Nagys vom Zentralorgan zustimmend bewertet: Nachdem versucht worden sei, den „Staatsstreich“ in Ungarn in eine „Erhebung des Volkes“ „umzulügen“, sei nun über die „Hauptverantwortlichen der unheilvollen Ereignisse das Urteil gesprochen“ worden¹⁹⁰.

RESÜMEE

Der 20. Parteitag der KPdSU bedeutete auch in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Österreichs einen politischen Wendepunkt: Die Parteidiskussion der Jahre 1956/57 stand ganz im Zeichen einer kritischen Analyse der Fehler der Vergangenheit. Bisher weitgehend tabuisierte Themen – Probleme der KPÖ-Politik seit 1945, Fragen des sozialistischen Aufbaus sowie die Beziehungen zur KPdSU – kamen nunmehr offen zur Sprache. Zwar wurde von der Parteiführung im Zuge der Diskussion der Monate Juni und Juli und auch in den darauf folgenden Stellungnahmen im Umfeld des 17. Parteitags wiederholt die Aufforderung zur offenen Kritik formuliert, infolge der Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn und der damit in Zusammenhang stehenden Erschütterungen – vor allem

¹⁸⁶ Ebenda, Beilage 3: Peter Kammerstätter 1; Beilage 2: Theodor Maller 2 und 3; Beilage 9: Heribert Hütter; Beilage 10: Jenő Kostmann; Beilage 18: Referat von Johann Kopleinig 3; Beilage 28: Ernst Fischer 2.

¹⁸⁷ U.a. E.W. [Ernst Wimmer], Ungarns sozialistischer Weg, in: ÖVst, 9. Jänner 1957, 1f; Ungarische Arbeiterpartei hat die Probe bestanden. Politik der Regierung führte zur Konsolidierung – Erweiterung des Kabinetts und des ZK. Baldige Einberufung des Parlaments, in: Vst, 1. März 1957, 2.

¹⁸⁸ Die Errungenschaften des Sozialismus nicht schmähen lassen. Die Schuld der Gruppe Imre Nagy in Ungarn: Urheber und politischer Leiter der Konterrevolution – Ein Artikel von Josef Révai im „Nepszabadsag“, in: ÖVst, 10. März 1957, 2.

¹⁸⁹ Eva Priester, Was war in Ungarn wirklich los? Bericht einer Augenzeugin (Berlin 1957) 84.

¹⁹⁰ E. Z.-Sch. [Erwin Zucker-Schilling], Das Urteil von Budapest, in: Vst, 18. Juni 1958, 1 und 3 hier 1.

infolge des äußeren Drucks – ging man jedoch wieder dazu über, problem-beladene Fragen, auch wenn deren Klärung noch ausstand, zugunsten der „Einheit der Partei“ beiseite zu schieben. Um die Jahreswende 1956/57 setzte eine Polemik gegen „revisionistische“ Auffassungen ein, die den zwischenzeitlich wesentlich weiteren Diskussionsrahmen wieder verengte und am 17. Parteitag im März 1957 ihren Höhepunkt erreichte. Die zunächst geäußerte Ermunterung zur offenen Kritik und Entfaltung der innerparteilichen Demokratie konnte so im konkreten Parteileben der KPÖ kaum praktische Wirkung entfalten, im Gegenteil wurde „im innerparteilichen Leben eine unkritische, auf die Abwehr ‚verwirrender Fragen‘ gerichtete Haltung befestigt“¹⁹¹.

Ähnliches gilt für das Verhältnis der österreichischen KommunistInnen zur sowjetischen Bruderpartei: Zwar mangelte es auch hier nicht an Aufforderungen zu mehr selbstständigem Denken, „aber gegenüber der KPdSU als ganzer herrschte in unserer Partei weiterhin eine unkritische Solidarität“, resümierte der langjährige Parteivorsitzende Franz Muhri im Jahr 2001¹⁹². Völlig zum Erliegen kam die Debatte über Fragen des „Personenkults“. Zwar wurde nach den Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU auch in der KPÖ eine Neueinschätzung der Rolle Stalins vorgenommen, zum Abschluss der Diskussion am 17. Parteitag wurde jedoch vom Parteivorsitzenden dezidiert hervorgehoben, dass Klarheit darüber erzielt worden sei, „dass die negativen Seiten Stalins seine großen Verdienste um den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und um die internationale Arbeiterbewegung, seine Bedeutung als marxistischer Revolutionär nicht verwischen können“, was laut Protokoll mit „starkem Beifall“ quittiert wurde¹⁹³. Bis in die jüngste Vergangenheit herauf blieben der als „Personenkult“ thematisierte Fragenkomplex und die Verbrechen des Stalin-Regimes, denen auch österreichische KommunistInnen zum Opfer gefallen waren, weitgehend tabuisiert. Friedl Fűrberg vollbrachte in einem „Gedenkartikel“ anlässlich des 20. Jahrestags des 20. Parteitags der KPdSU im Jahr 1976 das Kunststück, die „Geheimrede“ und deren Folgen mit keinem Wort zu erwähnen¹⁹⁴. In Einschätzung der tieferen Ursachen der Parteikrise 1968/69 wurden von Ernst Wimmer in der 1987 erschienenen offiziellen Parteigeschichte der KPÖ vor allem Mängel der Parteiführung in der Analyse der

¹⁹¹ Stephan Ganglbauer, Einleitung zu „Die KPÖ und der 20. Parteitag der KPdSU“, in: Spät, aber doch. Materialien zum Thema „Stalinismus“ (Wien 1991) 180–192 hier 192.

¹⁹² Franz Muhri, Nachwort eines Zeitzeugen, in: Baier, Muhri, Stalin und wir 175–190 hier 187.

¹⁹³ Kopenig, Über die politische Lage und den Kampf der Partei 125.

¹⁹⁴ Friedl Fűrberg, Vor zwei Jahrzehnten: Der 20. Parteitag der KPdSU, in: WuZ, März 1976, 128f.

innenpolitischen Entwicklung – in der Einschätzung „qualitativ neue[r] Entwicklungen in den Funktions- und Herrschaftsmechanismen des Kapitalismus in Österreich“ – ins Treffen geführt, was u.a. Fehlhaltungen gegenüber der SPÖ zur Folge gehabt habe. Demgegenüber blieben die vom 20. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen und nicht zu Ende diskutierten grundsätzlichen Probleme unterbelichtet¹⁹⁵. Erst 1991 – nach dem Zusammenbruch der Staaten des „realen Sozialismus“ – wurde der interne Bericht Chruščëvs vom Bildungsreferat der KPÖ gemeinsam mit weiteren Dokumenten aus dem Jahr 1956 veröffentlicht¹⁹⁶.

¹⁹⁵ KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien ²1989) 405–418.

¹⁹⁶ Spät, aber doch 33–96.

